Die Darstellung der Heimatvertreibung nach Bietigheim im Film „Der Kreis Ludwigsburg baut auf" - grenzwertig?

Ein interaktives Paper

eingereicht am
28.02.2025

[redacted]

INHALT

Inhalt ... 1

Kapitel 1: Einleitung ... 2

Kapitel 2: Quellenlage und Vorgehen ... 3

Kapitel 3: Bietigheim nach dem Zweiten Weltkrieg im Film - grenzwertige Darstellung einer Stadt? ... 4

Kapitel 4: Flucht und Vertreibung ... 7

4.1 Der im Film gebrauchte Begriff *Flüchtling* – grenzwertig? ... 7

4.2 Frau N. und Herr Th. über den Begriff *Flüchtling* ... 8

4.3 Flucht von Frau N. ... 8

4.4 Vertreibung von Herrn Th. ... 9

Kapitel 5: Die Darstellung des Hab und Guts im Film – grenzwertig? ... 10

Kapitel 6: Die Darstellung des Bietigheimer Lagers – grenzwertig? ... 12

6.1 Die Lagerunterbringung von Fau N. und Herrn Th. ... 15

Kapitel 7: Die Darstellung der Versorgung im Film – grenzwertig? ... 15

7.1 Versorgung mit Lebensmitteln ... 15

7.2 Versorgung mit Gebrauchsgegenständen ... 17

7.3 Ernährung und Versorgung von Herrn Th. und Frau N. ... 18

Kapitel 8: Die Darstellung der Einquartierung im Film – grenzwertig? ... 19

8.1 Die Wohnungsnot in Bietigheim ... 19

8.2 Die Situation der Altbürger ... 20

8.3 Die Situation der Neubürger ... 23

8.4 Die Einquartierung von Frau N. und Herrn Th. ... 24

Kapitel 9: Die Darstellung der Massenunterkunft im Film – grenzwertig? ... 25

Kapitel 10: Die Darstellung des Bürgermeisters im Film – grenzwertig? ... 27

Kapitel 11: Ausblick: Integration ... 29

11.1 Die Integration von Frau N. und Herrn Th. ... 30

Kapitel 12: Fazit: Die Darstellung der Heimatvertreibung nach Bietigheim im Film *Der Kreis Ludwigsburg baut auf* – grenzwertig? ... 31

Kapitel 13: Die Lehren der Grenzwertigkeit ... 33

Kapitel 14: Quellenverzeichnis ... 34

14.1 Literatur ... 34

14.2 Film ... 34

14.3 Abbildungen ... 34

KAPITEL 1: EINLEITUNG

Abb.1

„Kein schöner Land in dieser Zeit“, gesungen am „Tag der Heimat“

Abb.2

Stuttgart, Liederhalle, 15.09.2024

Siebenbürger, Ungarndeutsche, Schlesier, Banater Schwaben – um nur ein paar zu nennen, singen am 15.09.24 in der Liederhalle Stuttgart, am „Tag der Heimat“ das Lied „Kein schöner Land in dieser Zeit“. Nachdem jede Landsmannschaft ihre Traditionen in Form von Tänzen, Liedgut und Trachten vorgeführt hat, signalisiert das Lied zum Schluss Einheit in der Vielfalt – Grenzen spielen hier keine Rolle, sie werden überwunden. Wir, [redacted] als Betrachter der Bilder, die uns von dieser Feierlichkeit gezeigt werden, überlegen, was hier besungen wird: Die Sehnsucht nach einem harmonischen, friedlichen Zusammenleben, Solidaritätsgefühl, Vaterlandsliebe und Brüderlichkeit.

Bietigheim, 1947

Der Film *Der Kreis Ludwigsburg baut auf* vermittelt ein ähnliches Bild von Harmonie und Gemeinschaft – Menschen mit zumeist lächelnden Gesichtern stehen beieinander, musizieren und lachen miteinander. Angesichts der Bilder und der augenscheinlich guten Stimmung gerät deren gegenwärtiges Leid in den Hintergrund. Denn:

Keiner von den „Darstellern“ ist freiwillig gekommen – sie sind in Bietigheim, weil sie Vertriebene und Flüchtlinge aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten nach dem Zweiten Weltkrieg sind. Sie leben in Baracken und warten darauf, von der Massenunterkunft in Bietigheim oder den umliegenden Gemeinden einquartiert zu werden. Ihnen fehlt es an Gütern des alltäglichen Bedarfs und sie vermissen ihre Heimat und ihr früheres Leben. Und doch:

2025

Verstehen wir als Klasse nicht, woher die gute Stimmung kommt, die uns heftig widersprechen lässt, als wir die Sequenz das erste Mal sehen. Zwei Zeitzeugen, mit deren Schicksal wir uns zuvor beschäftigt haben, vermitteln ein ganz anderes Bild von ihrer Heimatvertreibung nach Bietigheim. Wir möchten verstehen und begreifen, wie es zu den Bildern des Filmes kommt und vor allem möchten wir erfahren, wie nahe die Darstellung an der Realität ist, um eine Frage beantworten zu können: „Die Sequenz zur Heimatvertreibung nach Bietigheim im Film *Der Kreis Ludwigsburg baut auf* – grenzwertig?“

KAPITEL 2: QUELLENLAGE UND VORGEHEN

Die Sequenz zur Heimatvertreibung nach Bietigheim bildet mit einer Dauer von 5:50 min. den Schluss des Films *Der Kreis Ludwigsburgs baut auf*. Die Rechte liegen beim Haus des Dokumentarfilms und wurden uns freundlicherweise für den Wettbewerbsbeitrag zur Verfügung gestellt. In Gruppen haben wir den Film in mehrere Kurzsequenzen unterteilt, welche jeweils eine thematische Schwerpunktsetzung ermöglichen und im Hinblick auf die Grenzwertigkeit der Darstellung untersucht werden können. So werden wir zuerst einen Filmausschnitt als mp4 oder Screenshot präsentieren und kommentieren, [1] um anschließend in einer schriftlich ausgestalteten Analyse den Wahrheitsgehalt des Dargestellten überprüfen zu können.

Zeitzeugenaussagen von Frau N. und Herrn Th. bilden Zwischenabschnitte. Ihre Schilderungen stehen in vielen Teilen den Inhalten des Films gegensätzlich gegenüber. Uns ist bewusst, dass wir die Grenzwertigkeit des Filmausschnittes durch Zeitzeugenaussagen nur bedingt beurteilen können. Frau N. war 14 Jahre alt, als sie vom Warthegau nach Bietigheim kam. Herr Th. musste mit vier Jahren von einem Tag auf den anderen sein Heimatdorf Turwall in Ungarn verlassen. Nach so langer Zeit ist die Erinnerung lückenhaft. Wir sind uns auch bewusst, dass spätere Erfahrungen Erinnerungen verändern können. Trotzdem möchten wir hervorheben, dass beide Zeitzeugen bei ihren Erzählungen immer darauf bedacht waren, Schuldzuweisungen zu unterlassen. Und wenn sie doch von einer leidvollen Erfahrung berichteten, dann nannte sie keine Namen und versuchten stets, Verständnis für Handlungen aufzubringen. Das macht sie als Zeitzeugen sehr wertvoll.

Frau Ns. und Herrn Ths. Aussagen werden verglichen mit und ergänzt von den Originaldokumenten aus dem Landesarchiv und dem Staatsarchiv Ludwigsburg, aus dem Stadtarchiv Bietigheim und aus den Privatbeständen weiterer Zeitzeugen, die sich bei uns gemeldet haben, aber die nicht interviewt werden konnten oder wollten. Wir hatten bei unseren Archivbesuchen große Unterstützung von Herrn Dr. Florian, Herrn Berner und Frau Dr. Rückert, bei denen wir uns ganz herzlich bedanken wollen. Durch die Arbeit mit den Archivbeständen zur Heimatvertreibung bekamen wir ein umfassenderes Bild und konnten der Frage nach der Grenzwertigkeit in vielerlei Hinsicht nachgehen.

Unsere Themenbearbeitung legt den Schwerpunkt auf die Heimatvertreibung nach Bietigheim zum Zeitpunkt der Produktion des Films in den Jahren 1946 und 1947. Dennoch ist es bei unserer Herangehensweise nicht möglich, die Untersuchung auf Bietigheim zu begrenzen, denn die Situation in den Massenunterkünften sowie die Einquartierung der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen erfordern die Berücksichtigung der Situation in den Nachbargemeinden. So endet Frau Ns. Schicksal beispielsweise nicht in Bietigheim, sondern im wenig Kilometer entfernten Tamm, wo sie mit ihrer Familie untergebracht wurde. Auch die Bestände des Staatsarchivs unterscheiden nicht zwischen den einzelnen Gemeinden, sondern fassen Dokumente unter Themen zusammen.

Zuletzt muss man noch die Quellenlage im Hinblick auf den Film berücksichtigen. Leider konnten wir trotz einer Vielzahl von Rechercheanfragen in keinen Beständen Briefverkehr oder Akten finden, die über die Intention oder den Produktionsverlauf des Films Auskünfte geben. So bleiben die Informationen zur Schwabenfilm-Produktion Schmalzigaug und Co. aus dem Jahre 1946/47

[1] Alle mp3 und mp4 Dateien sollten bitte mit Ton angehört werden.

gering. Das Einzige, was wir gefunden haben, sind Screenshots mit einem Personenverzeichnis sowie Notizen zur Abfolge der medialen Inhalte des Medienzentrums des Landratsamts. Dies gibt uns die Möglichkeit, über die Absichten des Kulturamts beim Landratsamt in Ludwigsburg als Auftraggeber des Films im Hinblick auf die Grenzwertigkeit des Dargestellten Interpretationen anzustellen und selbst Vermutungen zu äußern.

(Nikita P.)

KAPITEL 3: BIETIGHEIM NACH DEM ZWEITEN WELTKRIEG IM FILM - GRENZWERTIGE DARSTELLUNG EINER STADT?

Um den Film gänzlich verstehen und deuten zu können, müssen wir uns zunächst mit den Bietigheimern und ihren Bedürfnissen sowie mit dem Zustand ihrer Stadt nach dem Zweiten Weltkrieg beschäftigen:

Am 21. April 1945 ging für Bietigheim der Zweite Weltkrieg zu Ende. Die deutschen Truppen zogen sich zurück, nachdem sie zehn Tage lang an der Enz einen zermürbenden Stellungskrieg geführt hatten. Bis dahin waren die Städte Bietigheim und auch Bissingen trotz Dauerluftalarm seit Ende Dezember 1945 und auch wiederholter Luftangriffe auf den Bahnhof und das Viadukt milde davongekommen. In Folge von Angriffen beschränkten sich die Schäden auf die Talstraße, die Forsthausstraße, den Kronenberg und den Ulrichsbuckel. Wie an anderen Orten sprengte die unterlegene Wehrmacht auch in Bietigheim viele der teils jahrhundertealten Brücken. Dabei wurden erhebliche Schäden an den die beiden Stadtteile verbindenden Versorgungsleitungen angerichtet.[2]

Nach dem Ende des Krieges herrschten in der Stadt eine Furcht vor Anarchie und Willkür und Sorge um eine ungewisse Zukunft.

Die Quellen aus dem Stadtarchiv Bietigheim und aus dem Staatsarchiv Ludwigsburg zeigen, dass Bietigheim in den ersten Nachkriegsmonaten und -jahren hauptsächlich mit vier Problemen zu kämpfen hatte, die sich teilweise gegenseitig bedingten und daher nicht kurzfristig behoben werden konnten:

Erstens hatte Bietigheim mit 431 gefallenen und 255 vermissten Soldaten sowie 92 Zivilopfern eine erhebliche Zahl an Schicksalsschlägen zu verzeichnen.[3] Die Einwohnerzahl im Jahr 1946 beziffert die Bietigheimer Zeitung mit 11. 448.[4]

[2] Die Passage stützt sich maßgeblich auf M. Petri und S. Benning: Wir sind mittlerweile schon halbe Schwaben geworden, Bietigheim-Bissingen 2008, S. 15, f.
[3] Zahlen aus Petri und Benning. Im Gegensatz dazu: 581 Männer galten als gefallen oder vermisst. StA BB Bh 7441, 24.09.1945.
[4] StA BB, gesammelte Bietigheimer Zeitungen.

Zweitens lag angesichts der kaputten Infrastruktur die Versorgung der Bevölkerung Bietigheims völlig darnieder. Durch die Zerstörung des Viadukts und der übrigen Brücken waren die Verkehrsverbindungen zwischen Ost- und Weststadt gekappt und der Eisenbahnverkehr ruhte komplett. Wasser- und Energieversorgung waren ebenso unterbrochen.

Ein drittes schwerwiegendes Problem war die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, Kleidung und Heizmaterial. Aus Angst vor Plünderung schloss man die Lebensmittelgeschäfte und verteilte die Güter des täglichen Bedarfs, wenn sie vorhanden waren, über das Rathaus und über Lebensmittelmarken.

Die Franzosen übten ihre Macht sehr streng aus. Bei der Zuteilung der Lebensmittel bevorzugten sie die sogenannten Displaced Persons und die ausländischen Zwangsarbeiter, die in der Wilhelmstraße untergebracht waren. Weiterhin beschlagnahmten sie Inventar, Werkzeuge und Maschinen der großen Bietigheimer Fabriken und erschwerten so die Wiederaufnahme einer umfassenden Produktion, zusätzlich zu den fehlenden Rohstoffen.

Das vierte und größte Problem aber war die erhebliche Wohnungsnot, die zu diesem Zeitpunkt in Bietigheim herrschte. Obwohl nur wenige Häuser durch direkte Kriegseinwirkungen zerstört wurden, waren 400 Wohnungen beschädigt. Während des Krieges war die Bevölkerungszahl deutlich angestiegen, da zahlreiche Familien und Einzelpersonen aus kriegsgeschädigten Gebieten in die vergleichsweise weniger zerstörte Stadt flüchteten. Auch Unternehmen wie Daimler-Benz verlegten ihre Produktion nach Bietigheim, was den Druck auf den ohnehin knappen Wohnraum zusätzlich erhöhte. Auch die Besatzungsmacht, die Bietigheim zugeteilt wurde, musste untergebracht werden.

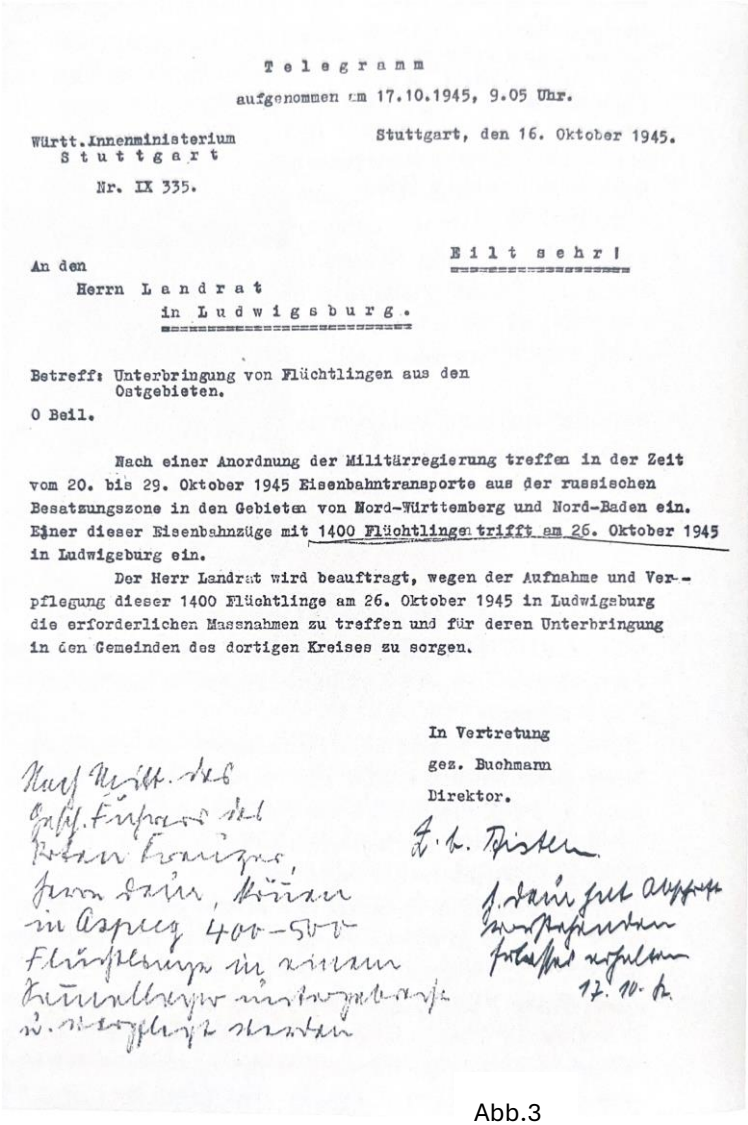
Diese Probleme thematisiert der Film nicht. Es geht ihm ausschließlich um den Wiederaufbau. Somit stellt er in Bezug auf Bietigheim den Stand der Wiederherstellungsarbeiten am Enzviadukt und damit am Wahrzeichen der Stadt in den Mittelpunkt. Wie aus den Quellen hervorgeht, ist diese Darstellung treffend, denn der Wille der Bietigheimer zum Wiederaufbau war groß: Noch am Tag des Abzugs der deutschen Truppen wurde ab dem 21. April unverzüglich damit begonnen, die Verbindung über die Enz durch eine provisorische Notbrücke wiederherzustellen. Das Bauholz dazu lieferte die bombenzerstörte Turnhalle auf dem Festplatz. Eineinhalb Monate später konnten leichte Fahrzeuge die Brücke passieren.

Nur sechs Tage später, am 27. April, begannen die Aufbauarbeiten am Viadukt unter Anleitung amerikanischer Bahnbautruppen. Am 21. November 1946 konnte die alte und ausgebesserte Brücke zumindest für langsam fahrende Züge wieder genutzt werden. Den Beleg dazu liefern die Bilder des Films. Auch die Wasserversorgung wurde bereits nach wenigen Wochen provisorisch wieder in Betrieb genommen. Deutlich schwieriger gestaltete sich hingegen die Instandsetzung des städtischen Elektrizitätswerks, da hierfür zwei neue Turbinen erforderlich waren und der Enzstau angehoben werden musste, was erheblichen Zeit- und Kostenaufwand bedeutete.[5]

Wahrscheinlich hängen die guten Ergebnisse der Baumaßnahmen auch mit dem Wechsel der Besatzungsmächte zusammen. Am 8. Juli 1945 übernahmen die Amerikaner von den Franzosen die Kontrolle über Bietigheim. Sie richteten sich im Gebäude der Deutschen Linoleumwerke an der Stuttgarter Straße ein und waren umgänglicher.

[5] Petri und Bennig, S.16.

Daher ist es sicherlich nicht grenzwertig, sondern sogar berechtigt, die Leistungen der Bietigheimer darzustellen, die sie zur Produktionszeit des Films vorweisen konnten. Natürlich kamen auch Faktoren dazu, die zum Erfolg des Wiederaufbaus beitrugen. So profitierte Bietigheim nicht nur von der bereits erwähnten Unversehrtheit, sondern auch von der verkehrsgünstigen Lage, dem Bahnhof und auch von den vierzehn Industriebetrieben, die ihre Produktion bereits im Juli 1945 wieder aufnehmen konnten, trotz Rohstoffmangels und Requisition. [6] Gleichzeitig sind diese drei Faktoren auch Grund dafür, warum Bietigheim ins Blickfeld rückte, als folgendes Telegramm im Landratsamt Ludwigsburg eintraf:



Telegramm

aufgenommen am 17.10.1945, 9.05 Uhr.

Württ.Innenministerium
Stuttgart

Stuttgart, den 16. Oktober 1945.

Nr. IX 335.

Eilt sehr!

An den
Herrn Landrat
in Ludwigsburg.

Betreff: Unterbringung von Flüchtlingen aus den Ostgebieten.

0 Beil.

Nach einer Anordnung der Militärregierung treffen in der Zeit vom 20. bis 29. Oktober 1945 Eisenbahntransporte aus der russischen Besatzungszone in den Gebieten von Nord-Württemberg und Nord-Baden ein. Einer dieser Eisenbahnzüge mit 1400 Flüchtlingen trifft am 26. Oktober 1945 in Ludwigsburg ein.

Der Herr Landrat wird beauftragt, wegen der Aufnahme und Verpflegung dieser 1400 Flüchtlinge am 26. Oktober 1945 in Ludwigsburg die erforderlichen Massnahmen zu treffen und für deren Unterbringung in den Gemeinden des dortigen Kreises zu sorgen.

In Vertretung
gez. Buchmann
Direktor.

Abb.3

Am 24. Oktober erreichte der erste Massentransport mit 1400 Schlesier Bietigheim, nicht wie ursprünglich geplant am 26. Oktober und auch nicht im Zielbahnhof Ludwigsburg. Ursache waren die obengenannten Faktoren sowie die Aufnahmekapazität eines in Bietigheim bestehenden Lagers.[7]

Diese 1400 Schlesier waren nur ein kleiner Vorgeschmack auf den Zustrom an Flüchtlingen und Heimatvertriebenen, der im herannahenden Winter und im Jahr 1946 in Bietigheim eintreffen sollte und der die Bietigheimer vor große Aufgaben stellte.

Das Telegramm mit dem Zusatz „Eilt sehr!“ zeigt, dass man weder in Bietigheim noch im Landkreis Ludwigsburg annähernd auf das vorbereitet war, was im Nachhinein als eine der größten Herausforderungen nach dem Zweiten Weltkrieg galt. So unterschätzte man nicht nur das Ausmaß, sondern beurteilte auch die Menschen ganz falsch, die vom Osten aus hereinströmten.

([redacted])

[6] Diese Betriebe werden im August 1945 angeschrieben, ob sie Flüchtlinge beschäftigen können, daher kann man daraus schließen, dass die Firmen die Arbeit wieder aufgenommen hatten. StA BB Bh 4227, 09.08.1945.

[7] Amtliche Nachrichten für Stadt- und Landkreis Ludwigsburg Nr.31: „Nun ist es so weit, am Mittwoch kommt der erste Zug mit ca. 1400 Ostflüchtlingen in unserem Kreis an. Auffanglager in Bietigheim.“ StA BB Bh 4-239, 24.10.1945.

KAPITEL 4: FLUCHT UND VERTREIBUNG

4.1 DER IM FILM GEBRAUCHTE BEGRIFF *FLÜCHTLING* – GRENZWERTIG?

Abb. 4

„Die ersten Züge von Flüchtlingen aus dem Gebiet der Tschechoslowakei einschließlich Sudetengau sind in Württemberg eingetroffen. Im Laufe der nächsten Monate ist mit einem grossen Strom deutscher Mitbürger aus mehreren Provinzen zu rechnen. Es ist selbstverständlich Pflicht, sich dieser Mitbürger anzunehmen [...]. Ich bitte die Bürgermeister, in ihren Gemeinden in geeigneter Weise Umschau zu halten, wieviel Köpfe im äusseren Fall von der Gemeinde aufgenommen werden können- Es muss eine Verstärkung der Bevölkerungszahl um etwa 10 % als Richtsatz in Aussicht genommen werden“ (Schreiben des Landrats Dr. Jäger am 3. August 1945)

Nicht nur im Film, auch in den Archivbeständen, wie im Schreiben des Landrats [8] wird immer wieder der Begriff Flüchtling verwendet. So werden auch die Massenunterkünfte fälschlicherweise als „Flüchtlingsunterkünfte“ gekennzeichnet. Grenzwertig an diesem Begriff ist, dass man von völlig falschen Voraussetzungen ausgeht, unter denen die Heimat verlassen wurde. Die Bietigheimer kannten zum Beispiel Evakuierte aus dem Rheinland oder dem Ruhrgebiet [9]. Diese Bombengeschädigte fanden Zuflucht in der wenig zerstörten Stadt. Als Flüchtling wurden alle Fremden bezeichnet, die infolge von Kriegs- oder Nachkriegsereignissen mittellos in Bietigheim ankamen. Da Frieden herrschte, gab es nur einen Grund, der einen Menschen zum Verlassen der Heimat zwingen konnte: Flucht. Diese Schlussfolgerung führt zu einem schwerwiegenden Problem, denn dem Begriff Flüchtling wohnt ein Moment der Freiwilligkeit inne, zu der es nach dem Ende des Krieges wohl keinen Grund mehr gab. Daher wollte man das wenige, das man besaß, nicht teilen und empfing die Flüchtlinge nicht mit offenen Armen, sondern mit Neid und Ablehnung.

Die am 2. August 1945 veröffentlichten Beschlüsse des Potsdamer Abkommens machten den sogenannten wilden Vertreibungen ein Ende und bildeten den Anfang einer systematischen Vertreibung, die eine ordnungsgemäße Überführung etwa 15 Millionen Deutschstämmiger vorsah. Was in Wirklichkeit eine ordnungsgemäße Überführung bedeutete, dies bekommen wir von Herrn Th. mitgeteilt. Gleichzeitig wird uns aber auch bewusst, dass das Wort Flüchtling unangebracht ist und nicht den Ursachen gerecht wird, die zum zwanghaften Verlassen der Heimat geführt haben. Mit der falschen Begrifflichkeit wird eindeutig eine Grenze überschritten und die Chance verspielt, den Menschen mit Toleranz und Mitgefühl zu begegnen oder sich mit deren Schicksal auseinanderzusetzen. Wörter erschaffen eine scheinbare Realität- vielleicht vergleichbar mit der heutigen „Zustrombegrezung“ – heute wie damals medial verbreitet.

Allerdings kann festgestellt werden, dass der Film 1947 eine Unterscheidung hätte vornehmen müssen, denn aus dem Innenministerium in Stuttgart liegt ein Schreiben vom 13. März 1947 vor, welches eine Begriffsdefinition von Evakuierten sowie „geflüchtet[en] oder ausgewiesen[en]“ Flüchtlingen vornimmt.[10]

[8] StAL FL 20/12 II Bü 46, 03.08.1945.
[9] 1947 gibt es bereits eine Unterscheidung, Evakuierte haben ihren Wohnort vor dem 8. Mai 1945 aus kriegsbedingten Gründen verlassen, StAL FL20/12 II Bü 46, 14.02.1947.
[10] „Flüchtlinge im Sinne des bizonalen Lastenausgleichs sind Personen deutscher Staats- oder Volkszugehörigkeit, die am 1. Januar 1945 ihren Wohnsitz außerhalb der Grenzen des deutschen Reichs

Ein weiterer Punkt im Hinblick auf die Begriffsdefinition ist wichtig. Der fälschlich gebrauchte Ausdruck zeigt auch, dass die Ursache nicht wahrgenommen wurde und daher NUR ein Bevölkerungszuwachs von 10 Prozent erwartet wurde. Insofern kann zusammengefasst werden, dass der Film mit dieser Bezeichnung grenzwertig vorgeht: *Flüchtling* baut eher zwischenmenschliche Grenzen auf, anstatt sie abzubauen. *Vertriebene/r* zu sein, dies würde die brutalen und leidvollen Umstände vor Augen führen, die zum abrupten Verlassen der Heimat aufgefordert hätten.

(Elia)

4.2 FRAU N. UND HERR TH. ÜBER DEN BEGRIFF *FLÜCHTLING*

Herr Th. wurde als Kind auch als Flüchtling beschimpft, jedoch erklärte er, dass dieses Wort noch relativ harmlos gewesen sei. Er sagt, als Kind sei es schwierig gewesen, ausgegrenzt zu sein und nicht mitspielen zu dürfen. Herr Th. bringt auch Verständnis auf und sagt, dass es ja allen nach dem Krieg auch nicht wirklich gut ging. Auch Frau N. berichtet von der Erfahrung mit der Beschimpfung als Flüchtlingspack.

([redacted])

4.3 FLUCHT VON FRAU N.

Am 18. Januar 45 um Mitternacht war das Kommando da; die damals fünfzehnjährige Frau N. sollte mit ihrer Familie nach Kowal und sich dort versammeln, um vor der Roten Armee zu fliehen. Familie N. hatte sich lange schon auf diesen Tag vorbereitet. Auf ihrem Hof im Reichsgau Wartheland, der ihnen 1939 im Zuge der Aktion „Heim ins Reich“ und als Folge des Hitler-Stalin-Paktes zugewiesen worden war, war die Mutter seit Tagen mit den Fluchtvorbereitungen beschäftigt: Sie ließ Grieben aus und vermengte sie mit Speck, dies alles kam in eine große Milchkanne. Sie backte Brote auf Vorrat und fror diese ein. Auch die Teekanne, Samowar, zum Schwarztee-Kochen war gepackt. Frau N. wurde nicht wie sonst zum Lehrerehepaar geschickt, wo sie unter der Woche wohnte, sondern blieb zuhause. Der Tag der Flucht war also gekommen.

Die Pferde wurden angespannt, auf einem Wagen fuhr die Familie in die Nacht – ins Ungewisse. Frau N. zusammen mit Mutter, Vater und einer Familie vom Schwarzen Meer, die kurzfristig bei ihnen Zuflucht gesucht hatte; ein zweiter Planwagen war beladen mit Getreide für die Pferde und Lebensmitteln, Fotoalben als Beweisstücke und Federbetten.

Im Jahre 1945, erinnert sich Frau N., war es ganz besonders kalt, es lag viel Schnee und man kam schlecht voran, da die Räder immer wieder unter den weißen Massen versanken. Man half sich bei einem Radbruch – die Straßen waren übervoll. Immer wieder gab es Militärangriffe, man hockte sich und hoffte… Die Familie hatte ein Ziel: Wittenberg, um die älteste Schwester abzuholen, die dort bei einem Dachdecker im Haushalt arbeitete. Dann erst wollten sie nach Westen. Die Flucht der Familie W., wie sie vor der Heirat hieß, dauerte fast ein Jahr; zunächst kam

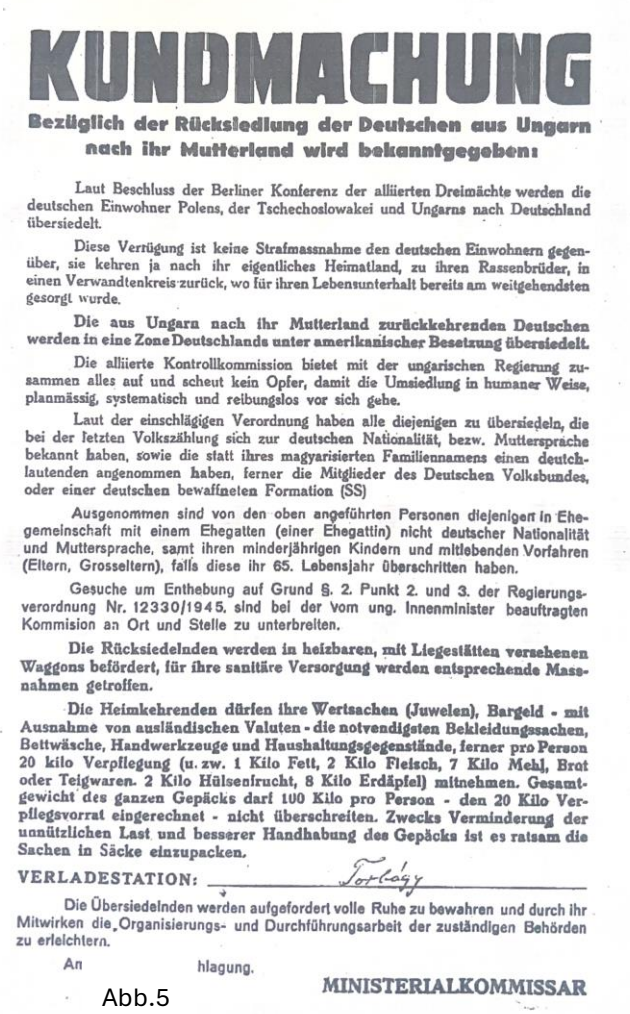
---

nach dem Stand vom 01.03.1938 oder in den deutschen Ostprovinzen östlich der Oder-Neiße-Linie (Gebietsstand vom 01.09.1939) hatten und von dort geflüchtet oder ausgewiesen worden sind, in ihre Heimat nicht zurückkehren konnten und ihren ständigen, das heißt nicht nur permanenten Aufenthalt in einem Land der amerikanischen oder britischen Besatzungszone genommen haben […], Definition StAL FL 20/12 II Bü 46, 13.03.1947.

man in der Scheune von Familie Müller in der Mark Brandenburg unter. Hier holte sie auch die Rote Armee ein. Zwei Russen kamen in die Scheune: „Junge Frauen“, riefen sie – die Schwester wurde unter dem Lattenrost versteckt, darüber kam die Matratze. Der Vater legte sich drauf und spielte einen sterbenskranken Mann. Sie hatten Glück – die Schwester blieb unentdeckt. Die Familie fasste den Entschluss, mit dem Zug weiter in den Westen zu fahren – Ziel: Unbekannt. Der Vater verkaufte die drei Pferde und die Planwägen an Familie Müller, das Bargeld wurde versteckt. Die Fahrt, die die Familie über Dersenow nach Bietigheim führte, wo sie kurz vor Weihnachten ankamen, begann.

An dieser Stelle wollen wir darauf hinweisen, dass Frau N. auf ihrer Meldekarte als „Ausgewiesene“ [11] kenntlich gemacht wurde. Sie selbst spricht von ihrer Flucht und in ihren Erzählungen identifiziert sie sich mehrmals als Flüchtling. Eventuell kommt dies auch durch die diskriminierende Erfahrung im Alltag. Vielleicht ist es auch, weil es ja eigentlich eine Grauzone ist. Die Familie war ja auf der Flucht, aber ein Zurück hätte es nicht gegeben. Sie wurden zu Ausgewiesenen.

4.4 VERTREIBUNG VON HERRN TH.



KUNDMACHUNG

Bezüglich der Rücksiedlung der Deutschen aus Ungarn nach ihr Mutterland wird bekanntgegeben:

Laut Beschluss der Berliner Konferenz der alliierten Dreimächte werden die deutschen Einwohner Polens, der Tschechoslowakei und Ungarns nach Deutschland übersiedelt.

Diese Verfügung ist keine Strafmassnahme den deutschen Einwohnern gegenüber, sie kehren ja nach ihr eigentliches Heimatland, zu ihren Rassenbrüder, in einen Verwandtenkreis zurück, wo für ihren Lebensunterhalt bereits am weitgehendsten gesorgt wurde.

Die aus Ungarn nach ihr Mutterland zurückkehrenden Deutschen werden in eine Zone Deutschlands unter amerikanischer Besetzung übersiedelt.

Die alliierte Kontrollkommission bietet mit der ungarischen Regierung zusammen alles auf und scheut kein Opfer, damit die Umsiedlung in humaner Weise, planmässig, systematisch und reibungslos vor sich gehe.

Laut der einschlägigen Verordnung haben alle diejenigen zu übersiedeln, die bei der letzten Volkszählung sich zur deutschen Nationalität, bezw. Muttersprache bekannt haben, sowie die statt ihres magyarisierten Familiennamens einen deutchlautenden angenommen haben, ferner die Mitglieder des Deutschen Volksbundes, oder einer deutschen bewaffneten Formation (SS)

Ausgenommen sind von den oben angeführten Personen diejenigen in Ehegemeinschaft mit einem Ehegatten (einer Ehegattin) nicht deutscher Nationalität und Muttersprache, samt ihren minderjährigen Kindern und mitlebenden Vorfahren (Eltern, Grosseltern), falls diese ihr 65. Lebensjahr überschritten haben.

Gesuche um Enthebung auf Grund §. 2. Punkt 2. und 3. der Regierungsverordnung Nr. 12330/1945. sind bei der vom ung. Innenminister beauftragten Kommision an Ort und Stelle zu unterbreiten.

Die Rücksiedelnden werden in heizbaren, mit Liegestätten versehenen Waggons befördert, für ihre sanitäre Versorgung werden entsprechende Massnahmen getroffen.

Die Heimkehrenden dürfen ihre Wertsachen (Juwelen), Bargeld - mit Ausnahme von ausländischen Valuten - die notvendigsten Bekleidungssachen, Bettwäsche, Handwerkzeuge und Haushaltungsgegenstände, ferner pro Person 20 kilo Verpflegung (u. zw. 1 Kilo Fett, 2 Kilo Fleisch, 7 Kilo Mehl, Brot oder Teigwaren. 2 Kilo Hülsenfrucht, 8 Kilo Erdäpfel) mitnehmen. Gesamtgewicht des ganzen Gepäcks darf 100 Kilo pro Person - den 20 Kilo Verpflegsvorrat eingerechnet - nicht überschreiten. Zwecks Verminderung der unnützlichen Last und besserer Handhabung des Gepäcks ist es ratsam die Sachen in Säcke einzupacken.

VERLADESTATION: Torbágy

Die Übersiedelnden werden aufgefordert volle Ruhe zu bewahren und durch ihr Mitwirken die Organisierungs- und Durchführungsarbeit der zuständigen Behörden zu erleichtern.

An hlagung.

MINISTERIALKOMMISSAR

Abb.5

Diese „ordnungsgemäße Überführung“, wie die drei Alliierten (Vereinigte Staaten von Amerika, Vereinigtes Königreich und UdSSR) sie im Potsdam festgelegt hatten, begann für Herrn Th. im Februar 1946.

Durch eine Kundmachung [12], welche am Rathaus hing, wurden die Dorfbewohner darüber informiert, wer gehen musste und wann. Am 25. Februar 1946 waren der damals vierjährige Herrn Th. mit seiner Schwester, seinen Eltern und Großeltern an der Reihe und der Exodus aus Torbagy in Ungarn begann. Laut seinen Aufzeichnungen wurden an zwei Tagen je 6 bis 700 Personen aus dem Dorf vertrieben. Der Anschlag informierte auch, wie viel Gepäck man mitnehmen durfte und unter was für Bedingungen die „Rücksiedlung“ erfolgen sollte.

Nicht nur die Wortwahl ist auffällig, auch die Informationen widersprechen Herrn Ths. Bericht. Heizbare Waggons mit Liegestätten fand Herr Th. nicht vor. Hingegen wurde er mit mehr als 20 Leuten in einen Güterwagen verladen, in dem nur ein kleiner Kanonenofen vorzufinden und Stroh aufgeschüttet war. Die meiste Zeit über musste man stehen.

[11] Meldekarte Frau N., KrA LB Az. 484.3. LABW, zur Verfügung gestellt vom Kreisarchiv Ludwigsburg mit Genehmigung von Frau N.

[12] Aus den Unterlagen von Herrn Th.

Von den 50 bis 100 Kilogramm Gepäck musste man am Bahnhof einiges zurücklassen – so musste zum Beispiel der geliebte Holzschubkarren zurückbleiben. Die Angst vor dem Ungewissen und die Hoffnung, nicht in Russland zu landen, waren ständige Begleiter – niemand wusste, wohin es gehen würde. Als auf der Fahrt die Donau in Sicht kam, atmete man auf. Man wusste, dass die Fahrt Richtung Westen ging. Nach etlichen Zwischenstationen und Verladungen, gesundheitlichen Behandlungen und Kurzaufenthalten in Fabrikhallen oder Schulen kam die Familie an Ostern 1946 in Bietigheim an.

([redacted])

KAPITEL 5: DIE DARSTELLUNG DES HAB UND GUTS IM FILM – GRENZWERTIG?

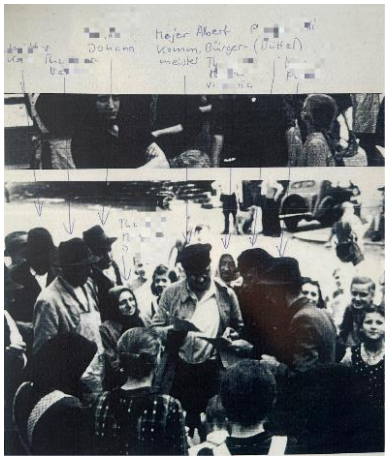


Abb. 6

Auf Nachfrage erhalten wir von Herrn Berner vom Kreisarchiv Ludwigsburg die Meldebögen der Personen, die auf den Screenshots zum Film namentlich erwähnt sind, damit wir klären können, ob es grenzwertig ist, dass der Film die Familienmitglieder mit diesen Besitztümern darstellt oder ob dies wirklich der Realität entspricht. Auch der Frage, woher die landwirtschaftlichen Geräte oder die Akkordeons der Sequenz kommen, möchten wir nachgehen. Alle Meldebögen der Vertriebenen und Flüchtlingen des Landkreises sind in den Beständen des Landratsamts archiviert, geordnet nach Einquartierungsort. Erstellt wurden sie von der Umsiedelungskommission, die ihren Sitz in den Deutschen Linoleumwerken hatte. Sie erfasste die Ankommenden auf Karteikarten, worauf Angaben zu Personalien, Familienstand, Wohnsitze, Parteizugehörigkeit sowie der mitgebrachte Besitz vermerkt wurden. Zusätzlich wurden Fingerabdrücke gemacht.

Wir erhalten acht Meldebögen der Familie T. und erfahren, dass sie am 20. April 46 aus St. Peter in Ungarn ausgewiesen wurde. Am 7. Mai erreichten die Familienmitglieder Bietigheim. Eingewiesen wurden sie in Sachsenheim am 28. Mai 1946 – damit können wir die Aufnahmen des Films also genau datieren. Zu der Familie gehörten acht Personen, die, laut Personenverzeichnis, bis auf Mathias, der fünfjährige Sohn von Frau T., in der Filmsequenz eigeblendet sind. Ihren Besitz sieht man an mehreren Stellen, jedoch ist er verschnürt, sodass man nicht erkennen kann, woraus dieser besteht. Hier helfen die Meldebögen weiter. Aus der Heimat wurden insgesamt mitgebracht: 2 Anzüge, 4 Mäntel, 9 Kleider, 8 Paar Schuhe, 4 Paar Strümpfe, 12 Garnituren Leibwäsche, 6 Federbetten, 10 Kopfkissen. Auf den beiden Meldebögen der Kleinkinder sind keine Angaben zu finden.

Ob diese Angaben nun vollständig sind, wissen wir nicht. Um dies festzustellen, wollen wir die Meldekarten unserer beiden Zeitzeugen mit deren Aussagen vergleichen, um Rückschlüssen auf die Grenzwertigkeit ziehen zu können.

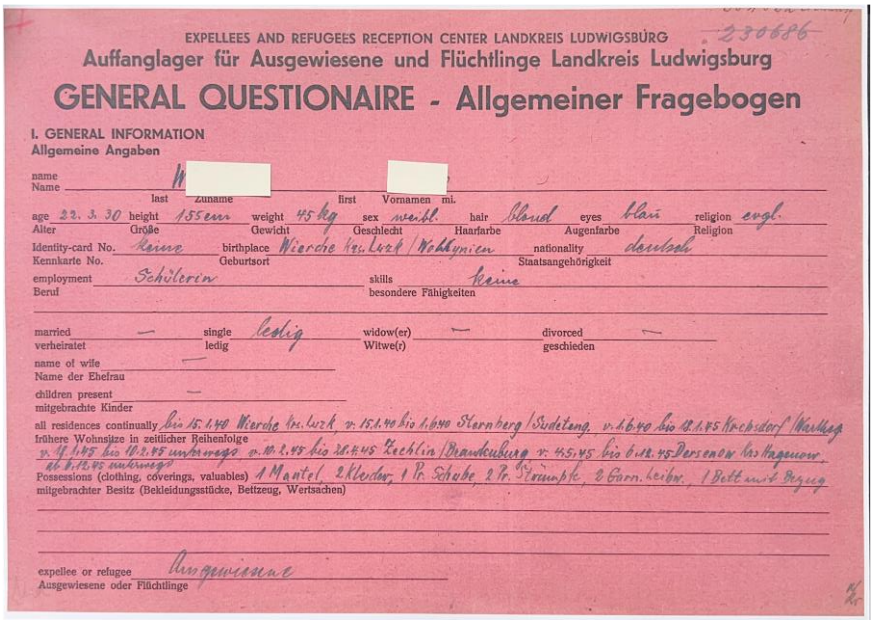
Der Meldebogen von Herrn Th. ist wenig aussagekräftig, denn, wie bei den beiden Kindern der Familie T., sind bei dem damals Vierjährigen nur Name, Geburtstag und -ort vermerkt. Die Meldekarten seiner Familienmitglieder enthalten, wie bei Familie T., Angaben zu Kleidung, Federbetten, Kinderbetten, Kissen und Bezügen.

Herr Th. berichtet uns aber auch, dass auch sein Vater neben Haushaltsgegenständen Instrumente, nämlich eine Klarinette und ein Saxofon, von Ungarn mitgebracht habe. Mit diesen Instrumenten habe er eine „Stimmungskapelle Th." gegründet, und dann das erste eigene Geld verdient. Dass auch Instrumente mitgebracht werden konnten, erklärt zumindest die Vielzahl an Akkordeons im Film.

Wir schauen uns Frau Ns. Meldekarte an. Angaben zum mitgebrachten Besitz sind folgende: 1 Mantel, 2 Kleider, 1 Paar Schuhe, 2 Paar Strümpfe, 2 Garnituren Leibwäsche sowie 1 Bett mit Bezug. Die Meldekarten der anderen Familienmitglieder zeigen, dass auch hier eine ähnliche Ausstattung an Kleidung und eben auch Betten (heute eher bekannt als Bettdecke und Kopfkissen) mit Bezügen mitgenommen wurden.

Frau Ns. erwähnte Fotoalben stehen nicht auf den Meldekarten der Familie. Auch das Damenfahrrad der Schwester mit den breiten Reifen, das sie später gegen Kartoffeln eintauschten, um den Winter zu überstehen, taucht ausgerechnet nicht auf. Über die Gründe kann nur spekuliert werden. Fotoalben besitzen meist nur einen ideellen Wert – zumindest zu dieser Zeit. Später werden sie im Rahmen des Lastenausgleichs auch zu Beweis – und Dokumentationszwecken verwendet.

Warum aber die Instrumente oder das Fahrrad nicht erwähnt werden, dafür aber die Kleidung und das Bettzeug so genau aufgelistet wurden, das erscheint uns fraglich. Wir finden die Abschrift eines Runderlasses vom 17. Juli 1946, gerichtet an Landräte und Flüchtlingskommissare.[13] Hier ist festgehalten, dass jeder Ausgewiesene aus der Tschechoslowakei und Ungarn entsprechend gekleidet und folgende Gegenstände dabeihaben muss „1. einen passenden kompletten Anzug, Unterkleidung, Schuhe, Strümpfe, Rock, Kopfbekleidung, 2. Decke oder Steppdecke". Dies könnte erklären, warum die Meldekarten nur diese Informationen notieren. Damit man weiß, was man bei der Ankunft in Bietigheim noch bereitstellen muss, vielleicht, damit für jeden eine gleichwertige Ausstattung an Kleidung zur Verfügung steht.



EXPELLEES AND REFUGEES RECEPTION CENTER LANDKREIS LUDWIGSBURG 230686

Auffanglager für Ausgewiesene und Flüchtlinge Landkreis Ludwigsburg

GENERAL QUESTIONAIRE - Allgemeiner Fragebogen

I. GENERAL INFORMATION
Allgemeine Angaben

name / Name: W [redacted] [redacted]
last Zuname — first Vornamen mi.

age / Alter: 22. 3. 30 — height / Größe: 155 cm — weight / Gewicht: 45 kg — sex / Geschlecht: weibl. — hair / Haarfarbe: blond — eyes / Augenfarbe: klar — religion / Religion: evgl.

Identity-card No. / Kennkarte No.: keine — birthplace / Geburtsort: Wierche bei Lvek / Wohlynien — nationality / Staatsangehörigkeit: deutsch

employment / Beruf: Schülerin — skills / besondere Fähigkeiten: keine

married / verheiratet: — single / ledig: ledig — widow(er) / Witwe(r): — divorced / geschieden: —

name of wife / Name der Ehefrau: —

children present / mitgebrachte Kinder: —

all residences continually / frühere Wohnsitze in zeitlicher Reihenfolge: bis 15.1.40 Wierche bei Lvek, v. 15.1.40 bis 1.6.40 Sternberg / Sudetenl., v. 1.6.40 bis 12.1.45 Kochsdorf / Warthegau, v. 12.1.45 bis 10.2.45 unterwegs, v. 10.2.45 bis 25.4.45 Zechlin / Brandenburg, v. 4.5.45 bis 6.12.45 Personen bei Magnow, ab 6.12.45 unterwegs

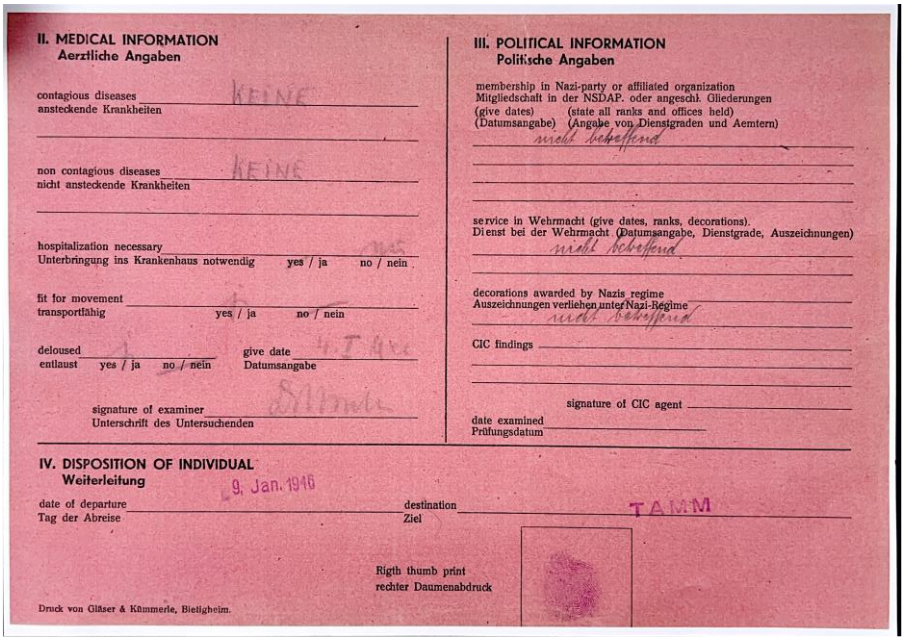
Possessions (clothing, coverings, valuables) / mitgebrachter Besitz (Bekleidungsstücke, Bettzeug, Wertsachen): 1 Mantel, 2 Kleider, 1 Pr. Schuhe, 2 Pr. Strümpfe, 2 Garn. Leibw., 1 Bett mit Bezug

expellee or refugee / Ausgewiesene oder Flüchtlinge: Ausgewiesene

[13] StA BB Bh 4-232, 17. 07.1946.

Unter §3 des Runderlasses ist ebenfalls zu lesen, dass die tschechoslowakischen Behörden jedem Ausgewiesenen gestatten „landwirtschaftliche Geräte, Sägen, Schaufeln, Geschirr usw., die für die Ausübung des Geschäftes oder Berufs des Ausgewiesenen notwendig sind, enthalten darf“. Hiermit ist also noch ein Beweis gefunden, warum der Vater von Herrn Th. die Musikinstrumente mitnehmen durfte und auch die in der Grünwiesenstraße Untergebrachten aus dem Film Haken und Rechen besitzen.

(■■■■)


II. MEDICAL INFORMATION
Aerztliche Angaben

contagious diseases
ansteckende Krankheiten
KEINE

non contagious diseases
nicht ansteckende Krankheiten
KEINE

hospitalization necessary
Unterbringung ins Krankenhaus notwendig yes / ja no / nein
NEIN

fit for movement
transportfähig yes / ja no / nein
JA

deloused
entlaust yes / ja no / nein
give date
Datumsangabe
9. Jan. 1946

signature of examiner
Unterschrift des Untersuchenden

III. POLITICAL INFORMATION
Politische Angaben

membership in Nazi-party or affiliated organization
Mitgliedschaft in der NSDAP. oder angeschl. Gliederungen
(give dates) (state all ranks and offices held)
(Datumsangabe) (Angabe von Dienstgraden und Aemtern)
nicht betreffend

service in Wehrmacht (give dates, ranks, decorations).
Dienst bei der Wehrmacht (Datumsangabe, Dienstgrade, Auszeichnungen)
nicht betreffend

decorations awarded by Nazis regime
Auszeichnungen verliehen unter Nazi-Regime
nicht betreffend

CIC findings

signature of CIC agent
date examined
Prüfungsdatum

IV. DISPOSITION OF INDIVIDUAL
Weiterleitung

date of departure
Tag der Abreise
9. Jan. 1946

destination
Ziel
TAMM

Rigth thumb print
rechter Daumenabdruck

Druck von Gläser & Kümmerle, Bietigheim.

Abb. 7 Vorder- und Rückseite der Meldekarte

KAPITEL 6: DIE DARSTELLUNG DES BIETIGHEIMER LAGERS – GRENZWERTIG?

Die ersten Züge mit Ostflüchtlingen rollen an!

1400 Ostflüchtlinge treffen Mittwoch bei uns ein

Schon seit längerem haben die zuständigen Behörden die Einwohnerschaft unserer Stadt und Gemeinden eindringlich darauf hingewiesen, daß Nord-Württemberg und Nord-Baden ca. 500 000 deutsche Ostflüchtlinge aufnehmen müssen. Die in letzter Zeit in den Gemeinden durchgeführten Wohnungserhebungen sowie zahlreiche, mit den Bürgermeistern, Wohnungsausschüssen, Ernährungsämtern usw. gepflogenen innerdienstlichen Besprechungen dienten der Vorbereitung für die Aufnahme, Unterbringung und Ernährung dieser Volksangehörigen.

Nun ist es so weit, am Mittwoch kommt der erste Zug mit ca. 1400 Ostflüchtlingen in unserem Kreis an.

Auffanglager in Bietigheim!

Diese 1400 Verboten der Millionenopfer des Nazi-Wahnsinns werden vorläufig in einem Auffanglager in den Deutschen Linoleum-Werken in Bietigheim untergebracht. Dort werden sie sich zunächst einmal von den Strapazen oft wochenlanger Fußmärsche und tagelangen Eisenbahntransports erholen können.

Während dieser ersten Zeit werden eigene Aerzte in Verbindung mit dem Roten Kreuz sich um die sanitäre Betreuung der Flüchtlinge kümmern und zugleich dafür sorgen, daß keine Seuchen eingeschleppt werden oder ausbrechen. Eine besonders eingesetzte und eigens für diesen Zweck vorgeschulte Umsiedlungskommission des Landratsamtes, unter Leitung von Herrn Huber, wird weiter in dieser Zeit die berufliche Aufgliederung der Angekommenen durchführen, um sie sinnvoll, je nach dem Bedarf der einzelnen Gemeinden einzuweisen und für ihre schnelle Eingliederung in den Arbeitsprozeß sorgen, um diesen Bedauernswerten von Anfang an das Gefühl zu geben, nützliche und verständnisvoll aufgenommene Mitglieder unserer schwäbischen Heimat zu sein.

Volle Selbstverwaltung des Aufnahmelagers

Im übrigen wird auch hier das demokratische Prinzip der Selbstverwaltung durchgeführt werden. Die Flüchtlinge werden sich ihren eigenen Lagerkommandanten wählen, werden die Besetzung ihrer Küchenverwaltung, ihrer Material- und Lebensmittelversorgung usw. selbst bestimmen und einsetzen. Je ein evangelischer und katholischer Geistlicher werden die religiöse Betreuung übernehmen. Der Bürgermeister der Stadt Bietigheim hat endlich in enger Zusammenarbeit mit der Umsiedlungskommission alle sonstigen Fragen zu bearbeiten.

Was haben die Einwohner unserer Gemeinden nun zu tun?

Auch für die Einwohner unserer Gemeinden selbst erhebt sich nach Ankunft des ersten Transports nun die Frage, was sie dazu zu tun haben. Hier ist folgendes zu sagen:

Es ist nun höchste Zeit geworden, daß sich jeder persönlich auf die Aufnahme dieser Flüchtlinge vorbereitet. Ueberall, wo die Wohnungserhebung festgestellt hat, daß eine Einquartierung von Flüchtlingen möglich ist, müssen nun sofort die in Frage kommenden Räume so hergerichtet werden, daß sie unverzüglich belegt werden können.

Die Maßnahmen der Behörden erstrecken sich auf die Empfangnahme der Zugewiesenen, ihre erste Verpflegung, auf die sanitären Maßnahmen und die Stellung der sofort notwendigen Lebensbedürfnisse, wie Kleider, Decken usw.

Für die Herrichtung der Räume und aller anderen häuslichen Dinge ist der zukünftige Quartiergeber zuständig. Die Ankommenden können nach Beendigung ihrer Lagerzeit nicht erst wochenlang warten, bis sich jeder auf ihre Unterbringung eingerichtet hat, sie müssen dann sofort einziehen können. Bedenkt, daß die meisten von ihnen schon wochenlang in der herbstlichen Jahreszeit unterwegs waren, daß sie meist nur ganz wenige Habseligkeiten mitnehmen konnten und durften.

Jetzt müssen sie endlich zur Ruhe kommen in den ihnen nach dem Auffanglager zugewiesenen Quartieren. Setzt alles daran, daß sie dann sogleich in Ordnung einziehen können. Wer sich rechtzeitig darauf vorbereitet, spart sich selber viel Aufregung und Sorgen, wenn plötzlich diese bedauernswerten Menschen vor seiner Tür stehen und auf Einlaß warten.

Jetzt muß es sich zeigen, ob unsere Bürger die Gedanken des demokratischen Ideals schon begriffen haben, ob sie bereit sind, auch ohne scharfe behördliche Anweisungen jeder von sich aus alles zu tun, um auch diese schwierige Frage im gemeinschaftlichen Zusammenstehen zu lösen.

Abb.8

Zur Verteilungsstation für den Landkreis wurde Bietigheim, wie bereits erwähnt, da es hier u.a. schon während des Zweiten Weltkriegs ein Durchgangslager für Zwangsarbeiter gab, auf das für die Unterbringung der Vertriebenen zurückgegriffen werden konnte. Bereits am 07. August 1945 wurde durch den Regierungsdirektor ein Schreiben an den Bürgermeister Bietigheims gerichtet. Darin die Bitte, ehemalige Arbeitsdienstlager und weitere behelfsmäßige Unterkünfte zu benennen, die als Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge dienen könnten.[14] Wie der Zeitungsartikel vom 24. Oktober 1945 am Tag der Ankunft

[14] StA BB Bh 4-239, 07.08.1945.

der 1400 Schlesier vermeldet, waren dies die ersten Bewohner, die für das sogenannte „Auffanglager“ in Bietigheim vorgesehen waren.

Insgesamt gab es in Bietigheim vier große Lager. Das hier erwähnte war die größte Unterbringungsmöglichkeit. Es lag günstig in Bahnhofsnähe. Es gliederte sich in Faberbau, Melchiorhaus und das Lager im Aurain. Die genaue Aufnahmekapazität ist schwer zu ermitteln. Das Buch „Die Eingliederung der Vertriebenen im Landkreis Ludwigsburg“ nennt ein Antwortschreiben des Landrats Dr. Jäger vom 30. Oktober 1945, das uns nicht vorliegt. Dieses gibt die Belegungsfähigkeit der Deutschen Linoleum-Werke Bietigheim mit 1000 Personen an. Wir haben ein Schreiben des Wohnungsamtleiters Huber vom 30. Dezember 1945 gefunden, das die Belegungsfähigkeit des DLW mit 600 Personen beziffert.[15] Für diese stehen 350 Betten zur Verfügung und 250 Strohlager. Für 100 dieser Personen, vorzugsweise Mütter mit Kleinkindern, stehen 12 Einzelzimmer zur Verfügung. Diese Zahlen zeigen schon, dass der Raum beengt war.

Das „Polenlager“, das Lager im Aurain, wird in diesem Schreiben als separates Lager aufgeführt. Es liegt nur ca. 300 m entfernt an der Wilhelmstraße. Die acht Baracken liegen auf dem Gelände des DLW und bieten Platz für 400 Personen. Es kann also sein, dass der Landrat Jäger beide Lager zusammengefasst hat.

Die übrigen Zahlenangaben stimmen in beiden Dokumenten überein: Etwa die Kapazität des Hauses der Jugend. Sie umfasste 400 Personen und hatte auch 400 Betten. Alle Lager waren laut des Schreibens beheizt.

Der Zeitungsartikel gibt an, dass die Unterbringung in den Lagern dazu da war, dass sich die ankommenden „Millionenopfer des Nazi-Wahnsinns [...] zunächst einmal von den Strapazen erholen können“. Und weiter würde die sanitäre Betreuung dafür sorgen, dass keine „Seuchen eingeschleppt werden“. Genau darum ging es in den Massenlagern. Hier sollten die Ankommenden nämlich erstmal untersucht und entlaust und zusätzlich registriert werden. Infolgedessen gab es dann einen Flüchtlingsausweis.

Abb.9

Ein Exemplar haben wir von unserem Techniklehrer erhalten. Der uns vorliegende Ausweis wurde am 13. Februar 1947 von der Umsiedlungskommission Bietigheim erstellt. Er ermächtigte, so die Vermerke, zum kostenlosen Suchdienst von Angehörigen, zur Inanspruchnahme öffentlicher Betreuung, zur vorläufigen und endgültigen Unterbringung, zur Arbeitsvermittlung und zur Teilnahme an werteschaffender Flüchtlingshilfe. Eine Angabe macht uns betroffen. Es gibt auf der Innenseite eine Tabelle, die die Staatsangehörigkeit vermerkt – am 1. März war Herr N. noch tschechisch, am 1. Mai 1945 wird seine Staatsangehörigkeit zu „deutsch“ geändert – obwohl sein Flüchtlingsausweis laut handschriftlichem Vermerk bis 1961 Gültigkeit hat.

[15] StAL FL 20/12 II Bü 46, 30.12.1945.

Ein letztes Lager fehlt noch. Etwas außerhalb des Zentrums, in der Grünwiesenstraße, im Wohngebiet Sand befanden sich die Baracken der Firma Daimler-Benz. Sie sind im Film zu sehen. Es sind insgesamt sieben Baracken, die Platz für 600 Personen boten und im Jahre 1945 mit 120 Betten ausgestattet waren. Für den Rest waren Strohsäcke verfügbar. Ein Schreiben der Daimler Benz AG zeigt, dass 1945 schon die Bedeutung der Baracken erkannt wurde. „Die Wohnungsverhältnisse werden sicher in Bälde überall noch gespannter werden, so daß die Baracken zweifellos auf Jahre hinaus zu Wohnzwecken herangezogen werden müßten". Mit dieser Antwort weist die AG die Anfrage des Bürgermeisters zurück, die Baracken der Stadt kostenlos zu überlassen, deren Herstellung ursprünglich 90.000 RM gekostet hatte.[16] Am 15. Oktober 1945 kaufte die Stadt Bietigheim für insgesamt 4500 RM drei der Barracken von der Daimler-Benz AG ab: die Verwaltungsbaracke, die Küchen- und Speisebaracke und die Revierbaracke.[17] Ein Vergleicht des geringen Kaufpreises mit dem Mietpreis der Räume der DLW zeigt, dass für die beiden Lager insgesamt ca. 3600 RM fällig[18] wurden. Aus dem Mietvertrag für das Kreisflüchtlingskommissariat in den Räumen der DLW, ausgestellt am 14. November 1949 von der Kreispflege des Kreisverbandes Ludwigsburg, lässt sich herauslesen, dass bei Übergabe der Gebäude an die Stadt Bietigheim das Melchiorhaus nicht mal vollständig beleuchtet war. Zudem war ein Vorraum zum Klosett als Wohn- und Schlafraum gedacht; dafür hatte jeder Raum eine Form von Ablage-/Staufläche, die sich jedoch auf eine Schublade beschränken konnte. Im Farberbau war jedes Zimmer beleuchtet, aber sechs der Zimmer hatten weder ein Regal noch einen Spind. Die Ausstattung war also sehr einfach. Eine Inventurliste des Lagers im Sand liegt nicht vor. Aber angesichts des niedrigen Kaufpreises im Vergleich zum monatlichen Mietpreis des DLW-Areals kann über den Zustand spekuliert werden. Im Film sieht man kaum etwas von der Innenausstattung. An einer Stelle ist eine Art Bett erkennbar; um einen Tisch, auf dem einige Gläser, Tassen und eine Vase mit frischen Blumen stehen, sitzen Bewohner. Die Räume sind sehr dunkel, obwohl der Film ja im Sommer gedreht wurde.

Die Frage liegt nahe, warum nicht das Lagerleben in den DLW-Werken gezeigt wurde, sondern die Grünwiesenstraße als „Filmsetting" ausgewählt wurde. Sicherlich ist es die vergleichsweise idyllische Lage der Baracken. An der Enz gelegen, eingeschlossen von Weinbergen und Obstwiesen kann das Lagerleben hier bestimmt besser inszeniert werden, als am Bahnhof und an der Hauptverkehrsstraße. Auch die hübsch angelegten Beete und die natürliche Umgebung vermitteln ein Gefühl von Harmonie und Zufriedenheit. Dass das Leben im Inneren der Baracke weniger positiv ist, das lässt sich nur erahnen, wenn man die Dunkelheit sieht, in der die Bewohner sind, auch wenn sie nahe am Fenster sitzen. Bedrängtheit und Enge werden zwar eingefangen, aber fast schon übergangen. Daher schließen wir, dass diese Darstellung nicht der Realität entspricht. Man muss sich nur vorstellen, was der Film gezeigt hätte, wenn er im Winter gedreht worden wäre. Alle die Bewohner dicht gedrängt bei kaum Licht im Inneren an den kleinen Tischen. Die dünnen Wände bei Eis und Schnee. Die Wäsche, die im Inneren gewaschen und getrocknet werden muss. Die fehlende Möglichkeit, das Essen draußen zu kochen. Die Kinder, die gezwungen sind, innen auf engem Raum zu spielen. Die Konflikte, die sich ergeben, wenn man sich nicht aus dem Weg gehen kann und keine Privatsphäre hat. Für uns steht fest, dass die

[16] StA BB Bh 7441, 05.09.1945.
[17] StA BB Bh 1439, 15.10.1945.
[18] StAL FL 20/12 II Bü 48, 14.11.1949: Mietvertrag, Faberbau (25.10.1945-15.4.1947) 2100 RM, ab 16. April 1947 wegen ermäßigter Fläche 2042 RM; Melchiorhaus (25.10.1945-30.11.1946) 255 RM, ab 01. Dezember 1946 mit zusätzl. Zimmer 270 RM, Barackenlager auf Sportplatz im Aurain ab 07.05.1946 1340 RM; Rückgabe erfolgte 1948.

Darstellung des Lagers in der Grünwiesenstraße und des Lagerlebens bei all den aufgezeigten Punkten grenzwertig ist, eben weil die Lagerdarstellung auf die Außenansicht begrenzt ist und das Innere vom Betrachter nicht realistisch beurteilt werden kann.

6.1 DIE LAGERUNTERBRINGUNG VON FAU N. UND HERRN TH.

Frau N. erinnert sich leider nicht mehr an den Lageraufenthalt in Bietigheim. Nur noch zwei Erinnerungen sind ihr geblieben. Das Lager sei an einem Fluss gelegen, sagt sie. Vermutlich war sie also in der Grünwiesenstraße untergebracht, in dem Lager, das im Film gezeigt wird. Und sie erinnert sich an eine schöne Weihnachtsfeier dort.

Herr Th. berichtet, dass er mit seiner Familie Ende März 1946 in der Metterschule in der Farbstraße ankam. Es waren große Säle mit einfachen Pritschen vorhanden. Alle drei Meter war eine andere Familie untergebracht.

([redacted], der Mietvertrag wurde analysiert von [redacted])

KAPITEL 7: DIE DARSTELLUNG DER VERSORGUNG IM FILM – GRENZWERTIG?

7.1 VERSORGUNG MIT LEBENSMITTELN

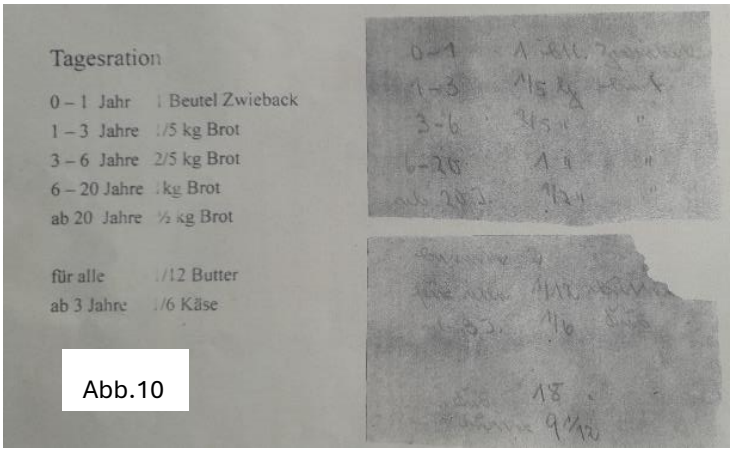
Es ist davon auszugehen, dass die Verpflegung in den Massenunterkünften gesichert war. Drei Belege gibt es dafür. Zum einen sind es unsere Zeitzeugen, die dies bestätigen; zum anderen kamen als Massenunterkünfte nur die Lager in Frage, die auch Kochgelegenheiten boten. So konnten in den Baracken der Grünwiesenstraße 2000 Personen versorgt werden, Notspeisung war in dem Lager der Deutschen Linoleumwerke möglich. Auch im Lager an der Wilhelmstraße und in dem der Farbstraße gab es eine Küche. Und der dritte Beweis, dass es zumindest zwei Mahlzeiten gab, ist ein Schreiben des Landrats, in welchem die Küchenleiter der Lagerküchen aufgeführt sind: „Das Küchenpersonal arbeitet täglich von 7-19 Uhr = 12 Stunden. (Ausgabe des Morgenkaffees um 7.30 Uhr. Ausgabe der Abendportionen um 18:00 Uhr). Der Frühdienst beginnt um 4,00 Uhr zur Herstellung des Morgenkaffees.“[19]

Der Film zeigt die Vertriebenen und Flüchtlinge nun beim Kochen im Freien – vor den Baracken der Grünwiesenstraße haben sie sich Notherde errichtet. Aus selbst zusammengetragenen Backsteinen und einem Blech. Die Bilder zeigen die Menschen beim Umrühren einer sehr dünnen Suppe mit Einlage und beim Wenden von Bratlingen. Bei unserer Recherche stoßen wir auf folgende Zeitzeugenaussage: „Zum Essen, da musste man anstehen Essen fassen. [...] Und dann hat halt irgendwann jemand Ziegelsteine gebracht und ein anderer ein Stück Blech oder ein Stück Ofenrohr. Und dann haben wir draußen im Hof Herde daraus gebaut. Da haben wir drauf gekocht.

[19] StAL FL 20/12 II Bü 46, 30.12.1945.

Meistens aus Mehl, ich weiß nicht mehr, wie das meine Mutter gemacht hat, auf der Herdplatte dann irgendsolche Küchle. Wir haben immer gesagt Proletarieromlett“[20]. Mehl konnte man bei den Mühlen im Umkreis bekommen, aus den gesammelten Bucheckern in den umliegenden Wäldern presste man Öl, die Felder oder Obstbäume in unmittelbarer Nähe boten Kartoffeln, Äpfel und Birnen, wenn das auch Felddiebstahl bedeutete.

Wie vermuten, dass die Aufnahme der Menschen beim Kochen auf den selbst zusammengebauten Herden mit einem Hintergedanken gemacht wurden: Es konnte gezeigt werden: Die Flüchtlinge und Vertriebenen ernähren sich selbst und werden kreativ, um ihren Hunger zu stillen. Hätte man sie bei der Essensausgabe in den Massenunterkünften gezeigt, hätte das den Neid bei den Bietigheimern verstärken können. Insbesondere in den kalten Wintern der Jahre 1946 und 1947 gab es für die gesamte Bevölkerung kaum noch was zu essen. Das Dokument aus dem Privatbesitz unseres Techniklehrers zeigt die Tagesration im Jahre 1946.


Tagesration

0 – 1 Jahr 1 Beutel Zwieback
1 – 3 Jahre 1/5 kg Brot
3 – 6 Jahre 2/5 kg Brot
6 – 20 Jahre 1 kg Brot
ab 20 Jahre ½ kg Brot

für alle 1/12 Butter
ab 3 Jahre 1/6 Käse

Abb.10

Demgegenüber steht die Angabe, dass im Winter 1946/1947 die übliche Tagesration nur noch 150 g Brot, 15 g Fleisch und 7 g Fett [21] ausmachte, aber selbst diese zugeteilte Ration nicht immer ausgegeben werden konnte. Der Bedarf an Lebensmitteln war zum Teil sogar größer als das Angebot, das man über Bezugscheine erhalten konnte. Nicht nur die Heimatvertriebenen, auch die Bietigheimer waren auf Selbsthilfe und Tauschgeschäfte angewiesen. Es irritiert also nicht, dass das Kulturamt im Film *Der Kreis Ludwigsburg baut auf* der Jahre 1946 und 1947 die Eigeninitiative der Lagerbewohner beim Kochen eines spärlichen Essens zeigt. Hier ist die Grenzwertigkeit der Darstellung angemessen, die Lagerbewohner nicht bei der Essensausgabe, sondern bei der Essenszubereitung zu zeigen, auch wenn so ein Teil der Realität verschleiert wird.

Auffällig oft fängt die Kamera im Film die akkurat angelegten Beete ein, in denen jedes Pflänzchen sprießt. Einmal ist es eine Frau, die die Erde um das Gemüse auflockert, ein anderes Mal ist es ein Mann mit Pfeife, der dicke Erdklumpen kleinhackt. Man erkennt, dass die „Gartenarbeit“, wie die Sequenz genannt wird, fachmännisch und mit viel Erfahrung getätigt wird. Das Landwirtschaftsamt ermahnt am 23. August 1946 die Bürgermeister, den „Flüchtlingen sobald wie möglich Gemüseland von gemeindeeigenen Grundstücken mit zur Verfügung zu stellen“. Und weiter: Jede Gelegenheit solle genutzt werden, insbesondere ehemaligen Landwirten, vor allem jene mit Gespann und Familie, einen selbstständigen landwirtschaftlichen Betrieb zuzuteilen[22]. Die Absicht liegt offen. Die Landwirte konnten beschäftigt werden, was der Integration und der angespannten Versorgungslage diente. Pachtweise sollten vor allem die wegen Personalmangels schlecht bewirtschafteten Grundstücke überlassen werden. Insofern kann man davon ausgehen,

[20] Petri und Benning, S. 50.
[21] Petri und Benning, S.88.
[22] StA BB Bh 4-232, 23.08.1946.

dass das Kulturamt als Auftraggeber des Films vorführen wollte, dass die Bewohner der Massenunterkünfte auch zur Versorgung und Ernährung im Kreis beitragen konnten; die Beete zeugen von Fleiß, Sorgfalt und Verantwortungsbewusstsein. Das Landwirtschaftsamt spricht von „wertvollen Leuten“ – viele kamen ja als Landwirte – als solche sollten sie also auch gezeigt werden. Aus diesem Grund finden wir es nicht grenzwertig, sondern sogar eine gute Idee, die Leute so darzustellen. Ihre Talente und ihr Können werden gezeigt. Sie bekommen durch die Darstellung eine Bedeutung, dass sie helfen können, die angespannte Versorgungslage zu entspannen, wenn man sie nur lässt. Und es ist auch gut, dass sie den freien Platz um das Lager verwenden dürfen, um Lebensmittel anzupflanzen. Sie haben etwas zu tun und können zusätzliches Essen bekommen.

7.2 VERSORGUNG MIT GEBRAUCHSGEGENSTÄNDEN

In den Wintern der Jahre 1946 und 1947 waren nicht nur Lebensmittel knapp. Den vertriebenen und geflüchteten Menschen fehlte es auch an Alltagsgegenständen wie Kleidung, Betten und Gebrauchsgegenständen.

Um die Weihnachtszeit der beiden Jahre kommt es zu Aufrufen durch den Bietigheimer Bürgermeister Krieg, sich an Sammlungen für Flüchtlinge zu beteiligen, so zum Beispiel am 20. November 1946 oder am 23. Dezember 1947. Dies zeigt das Leid dieser Winterzeit. Bestimmt war die Bereitschaft zur Spende um die Weihnachtszeit aber auch höher.

Dass die Bietigheimer den Willen zum Teilen besaßen, zeigt Kriegs öffentlicher Dank:

„Ich freue mich, allen Mitbürgern bekanntgeben zu können, daß der Appell an die Opferbereitschaft [am 20. November 1946] ein über Erwarten günstiges Ergebnis gezeigt hat“[23]. Weiterhin finden wir in dem Anruf, was gespendet wurde: eine große Anzahl Bettstelle, Tische, Stühle, Korbsessel, Kommoden, Nachttische, Kinderbetten, zwei vollständige Betten, Bett- und Leibwäsche, Kleidungsstücke, Öfen, Sparherde, Küchengerät.

Der Auszug aus der Niederschrift über die öffentliche Beratung des Gemeinderats der Stadt Bietigheim vom 28. November 1947 zum Punkt Versorgung zeigt die Notlage im Jahr darauf. Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die Versorgungslage der Flüchtlinge auf allen Gebieten sehr schlecht sei und der Versuch gemacht werden müsse, zu helfen, wo irgendwie zu helfen sei. Eine besondere Notlage sei in der Versorgung mit Betten, Matratzen, Strohsäcken und Decken, da ein großer Teil der Flüchtlinge noch gezwungen sei, auf dem Boden zu schlafen. [24] Der Flüchtlingsausschuss stellt an den Gemeinderat den Antrag, die Bevölkerung zur freiwilligen Abgabe aufzurufen und eine entsprechende Haussammlung durchzuführen, damit die allerdringendste Not noch vor Weihnachten behoben werden könne.

Entgegen der Sorge des Gemeinderats, dass man nicht mehr viel erwarten könne, da es solche Aufrufe schon in den letzten Jahren mehrfach gab und die Menschen nicht mehr viel zu spenden hätten, zeigt sich aber, dass die Spendenbereitschaft auch 46 noch gegeben ist. 644 Personen beteiligen sich, wie am 02. Januar 47 vermerkt ist, an Spenden und 45 an Leihungen. Ebenfalls Bargeldspenden von 524 RM gehen ein. [25] Folgende Sachspenden sind verzeichnet: 131

[23] StA BB Bh 4 / 222, „Weihnachten steht nun vor der Türe“, ohne Datum.
[24] StA BB Bh 4-232, beraten am 28.11.1947, beglaubigt am 23.12.1947.
[25] StA BB Bh 4-232, 08.01.1947.

Bettstollen, 2 vollständige Betten, 17 Matratzen, 21 Bettroste, 10 Kopfkeile, 14 Nachttische, 69 Wolldecken, 48 Kissen, 15 Unterbetten, 135mal Bettwäsche, 22 Strohsäcke, 23 Waschtische, 62 Tische, 255 Stühle, 9 Sitzbänke, 7 Kleiderschränke, 4 Sofas, 217 Leibwäsche, 136 Kinder-Kleidungsstücke, 41 Paar Schuhe, 12 Mützen, 29 Paar Socken, 5 Paar Handschuhe, 587 Küchenartikel, 58 Handtücher und 40 Öfen.[26]

7.3 ERNÄHRUNG UND VERSORGUNG VON HERRN TH. UND FRAU N.

Auch bei der Betrachtung der Versorgung unserer beiden Zeitzeugen möchten wir unterscheiden zwischen der Versorgung im Lager und ihrer Lage nach der Eingliederung in den Gemeinden.

Frau N. erinnert sich an ein gutes Essen im Lager, sie weiß aber nicht mehr, was es gab. Herr Th. sagt, dass die Ernährung im Lager der Metterschule einseitig gewesen sei, es habe hauptsächlich Salzheringe und Pellkartoffeln gegeben.

Dem gegenüber steht die schwierige Selbstversorgung der Familie N. nach ihrer Wohnungszuweisung in Tamm. Frau N. erzählt, dass sie im Jahr 1947 zum ersten Mal hungerten und dass sie auf Grund dessen gezwungen waren, das Fahrrad ihrer Schwester für Kartoffeln auf einem nahegelegenen Bauernhof einzutauschen. Sie erzählt, dass es ihr jedes Mal einen Stich ins Herz versetzt habe, wenn sie das gleichaltrige Bauernmädchen damit fahren sah. Dafür gab es aber dann zum Frühstück Kaffeeersatz aus der Caro-Fabrik Ludwigsburg mit Bratkartoffeln. Zum Anbraten verwendeten sie das Öl aus Bucheckern, welche die Mutter im Illinger Wald gesammelt hatte.

Die Schwester von Frau N. heiratete im Jahr 1948. Zum Glück gab es einen funktionierenden Briefverkehr zu Verwandten in Kanada. Diese schickten der Schwester Stoffe für ein Brautkleid, Schuhe, Schleier und Strümpfe. Und das Größte: Der Stoff reichte auch noch aus für ein neues Kleid für sie selbst!

Herr Th. berichtet, dass seine Familie, als dies den Heimatvertriebenen erlaubt war, hinter den Entenäckern in Bietigheim einen kleinen Garten zur Verfügung gestellt bekam. Dieser war zu klein für den Anbau von Kartoffeln, aber für Paprika und sonstiges Gemüse habe die Fläche ausgereicht.

Im Hinblick auf die Versorgung erinnert sich Herr Th., dass die Versorgung mit Schuhen anfangs ein großes Problem gewesen sei. Er habe aber von Nachbarn die ausgediente Kleidung geschenkt bekommen. Erst als er mit 14 in die Höhere Handelsschule gekommen sei, habe er eine ordentliche Hose, Hemden und feste Schuhe bekommen- aus dem Laden, nicht als Geschenk.

([redacted])

[26] StA BB Bh 4-232, 09.01.1947.

KAPITEL 8: DIE DARSTELLUNG DER EINQUARTIERUNG IM FILM – GRENZWERTIG?

8.1 DIE WOHNUNGSNOT IN BIETIGHEIM

Aus den Berichten des städtischen Wohnungsamtes geht hervor, dass in Bietigheim bereits nach dem Zweiten Weltkrieg ein enormer Wohnraummangel vorherrschte. Im Jahresbericht von 1949 liest man: „Der fehlende Raum muss heute als die größte Mangelware bezeichnet werden, die sich leider nicht so leicht beschaffen lässt, wie auf dem Gebiet des Ernährungssektors“[27]. In den Quellen der Archive finden wir aber Hinweise auf die Entstehung der Problematik:

1938 wurden die letzten Siedlungshäuser im Bietigheimer Wohngebiet Sand bezogen, danach ein Baustopp verhängt. Bereits 1942 war ein Wohnungsmangel spürbar. Auch eingeführte Maßnahmen wie die Wohnraumlenkungsverordnung, welche freien Wohnraum besonderen Volkskreisen zur Verfügung stellte, und dem Verbot der Zweckentfremdung von Wohnungen sowie das Beharren auf die Rückkehr der Umquartierten in ihre württembergische Heimatgemeinden brachten kaum Erfolge. Man musste feststellen, dass die Erstellung von mindestens 800 Wohnungen für die folgenden vier Jahre nach dem Krieg erforderlich wären[28].

Zu diesem Mangel, der im Hinblick auf den Film in die für uns relevante Zeit fällt, musste man nun zwischen 1946 und 1948 nach Bietigheim, trotz des geschmälerten Wohnraums, über 1000 Familien hineinpressen.[29] Bietigheim hatte mehrere Ansätze, um Wohnraum zu schaffen.

Erstens verfasste das Bürgeramt bereits Anfang August 1945 Briefe und schickte sie an die 14 Bietigheimer Firmen, die den Betrieb wieder aufgenommen hatten, etwa an das DLW, das Schleifmittelwerk Friedrich-Elbe, die Fabrik Schumacher oder auch an die Kammgarnspinnerei. Darin wird sowohl nach freien oder noch füllbaren Werkswohnungen gesucht als auch die dringende Bitte geäußert, möglichst viele Flüchtlinge als Arbeitskräfte in den Betrieb zu integrieren. [30] Entsprechend enttäuschend müssen die Antwortschreiben aufgefasst worden sein. Nur die Schleifmittelwerke Friedrich-Elbe hatten zwei freie Werkswohnungen, in denen zwei Familien untergebracht werden konnten; [31] das DLW stellte die eventuelle Aufnahme weiterer 70 bis 80 Flüchtlinge in Aussicht. [32] Alle weiteren Firmen hatten keine freien Kapazitäten mehr. Kaum besser sah es aus mit der Aufnahme von Arbeitskräften. Das DLW bot an, weitere 20 bis 25 Flüchtlingen in Arbeit zu bringen, allerdings nur für Notstandarbeiten einzusetzen. Alle anderen antworteten mit Absagen wegen fehlender Rohstoffe sowie dem Ausbleiben von Exportaufträgen oder knüpften die Aufnahme an die Bereitstellung von beispielsweise Brennmaterial. Ein weiteres Argument gegen die Aufnahme war, dass die Gefolgschaft aus Vorkriegszeiten bevorzugt wurde und kein Bedarf an Ungelernten herrschte.[33]

---

[27] StA BB Bh 7441, 26.01.1950.
[28] StA BB Bh 7441, 26.01.1950.
[29] Zwischen dem 31. Oktober 1939 und dem 31. Dezember 1952 verzeichnet Bietigheim einen Bevölkerungsanstieg von 42 Prozent (von 8 946 auf 12 732 Personen). Flüchtlingszuweisungen, der Zugang durch Eheschließungen, Geburten abzüglich Auswanderungen und Sterbefälle sind darin enthalten, StA BB Bh 7441; Wohnungsamtleiter Huber spricht am 25. Januar 1947 (s.u.) von 2106 Neubürgern und am 13. Dezember 1948 von 3300 Menschen, die bis dahin in Bietigheim eingegliedert werden mussten.
[30] StA BB Bh 4227, 09.08.1945.
[31] StA BB Bh 4227, 17.08.1945 (Schleifmittelwerke).
[32] StA BB Bh 4227, 14.08.1945 (DLW).
[33] StA BB Bh 4227, 16.08.1945 (Kammgarnspinnerei).

Die zweite Maßnahme war, dass man versuchte, die bereits erwähnten Evakuierten aus dem Rheinland und dem Ruhrgebiet sowie aus den umliegenden Großstädten wie Stuttgart oder Heilbronn frühestmöglich wieder ihrer Heimat zuzuführen.

Und schließlich gab es eine dritte Maßnahme, welche, so grenzwertig sie scheinen mag, unumstößlich war. Im Schreiben der Wohnraumkommission lautete das Fazit: „Wenn eine größere Anzahl an Flüchtlingen hier untergebracht werden muss, so ist dies nur möglich, wenn zwangsweise vorgegangen wird.“[34] Für die Bietigheimer bedeutete dies, dass der Wohnraum der Hausbesitzer nach strengem Maßstab erfasst wurde. Hierzu gab es extra Formulare zur Wohnraumerfassung. Falsche Angaben oder die Verschleierung der tatsächlichen Belegung führten zu Strafen oder strengerem Zugriff.

Räume, die nicht als notwendige Schlafräume dienten, hatte man zur Verfügung zu stellen. Familien wurde mindestens ein Wohnraum zur gemeinsamen Nutzung überlassen. Auf alle zusätzlichen Räume gab es kein Anrecht mehr. Arbeits- und Geschäftsräume durften nur dann weitergenutzt werden, wenn diese von jeher als solche dienten oder ein dringender Bedarf nachgewiesen wurde. [35]

Für die Beschlagnahmung des Wohnraumes war das Wohnungsamt zuständig, das den Wohnungsausschuss zur Seite gestellt bekam, der aus wechselnden Gemeinderatsmitgliedern und Flüchtlingsvertretern gebildet wurde.

([redacted])

8.2 DIE SITUATION DER ALTBÜRGER

Aufruf an Alle!

Die Flüchtlingskommission hat durch Erlaß mitgeteilt, daß die bisher angenommene Quote der Flüchtlinge auf die einzelnen Gemeinden von 10 Prozent der Bevölkerung nicht aufrecht erhalten werden kann. Es sei mit einer Erhöhung der Quote auf 20 Prozent zu rechnen. Das bedeutet für unsere Stadt beim gegenwärtigen Bevölkerungsstand eine Aufnahmepflicht von rund 2000 Personen. Angesichts dieser schwerwiegenden Folgen, die sich daraus für uns wohnraummäßig und sozial ergeben, appelliere ich an alle, den nunmehr sich zwangsläufig ergebenden Maßnahmen Verständnis und Aufgeschlossenheit entgegenzubringen. Es wird wohl jeder einsichtige Bürger mit mir übereinstimmen, daß diese Unterbringung eine der größten und schwierigsten Aufgaben ist, vor die sich in der ganzen Geschichte unserer Stadt jemals die Stadtverwaltung gestellt sah.

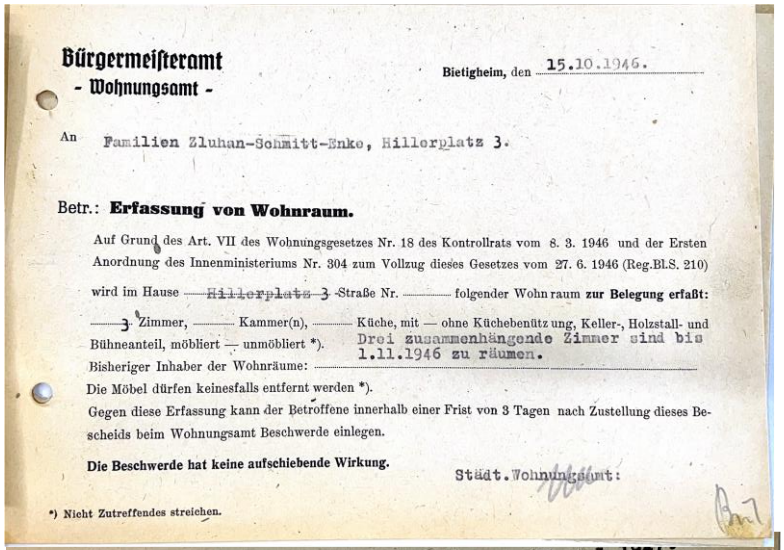
Abb.11

In seinem „Aufruf an alle“[36] bittet Bürgermeister Krieg um Nächstenliebe und Zusammenhalt. Es sei die Pflicht der Bietigheimer, nach dem verlorenen Krieg auch die Folgen tragen zu müssen. In dem Aufruf wird klar, welche unerträgliche Last die erzwungene Aufnahme der Flüchtlinge und Vertriebenen in einer eh schon leidvollen Zeit gewesen sein muss. Angekündigt wurde, dass es nicht bei der Aufnahmepflicht von 10 Prozent bleiben würde, sondern dass 2000 Personen in der

[34] StA BB Bh 4 / 222, 24.09.1945.
[35] StA BB Bh 4 / 222, 24.09.1945.
[36] StA BB Bh 4 / 222, 16.05.1946.

Stadt integriert werden mussten. Bei der Gemeinderatsitzung am 16. August wurde bekannt, dass die Zahl sich gar auf 3000 erhöht hatte.

In Wirklichkeit war es so, dass es gar keine annehmbare Lösung für das Flüchtlingsproblem geben konnte, da man einfach viel zu wenig Wohnraum hatte, um die Neuankömmlinge unterzubringen. Man musste, wie Krieg es ausdrückt, im wahrsten Sinne des Wortes „zusammenrücken“. Das Wohnungsamt war für die Erfassung des Wohnraumes und die Beschlagnahme zuständig. Beratend stand dabei der Wohnungsausschuss zur Seite. Die Mitglieder kamen und erfassten mit vorgefertigten Formularen den Wohnraum. Danach hatten die Wohnungsbesitzer wenige Wochen Zeit die vorgegebene Anzahl der Zimmer zu räumen, eine Beschwerde dagegen konnte eingelegt werden, sie hat aber keine aufschiebende Wirkung. Die Vordrucke ab 47 haben im Gegensatz zu denen aus den Jahren davor noch den Zusatz „Wir bitten Sie, in den nächsten Tagen Ihnen zugewiesene Flüchtlinge nach Möglichkeit entbehrliche Kleidungsstücke und Hausrat zur Verfügung zu stellen. Die Zugewiesenen dürfen auf keinen Fall abgelehnt werden.“ Schaut man sich die folgenden drei Formulare an, kann man sich vorstellen, was die Wohnungsbeschlagnahmung für Altbürger bedeutete.



Bürgermeisteramt
- Wohnungsamt -

Bietigheim, den 15.10.1946.

An Familien Zluhan-Schmitt-Enke, Hillerplatz 3.

Betr.: **Erfassung von Wohnraum.**

Auf Grund des Art. VII des Wohnungsgesetzes Nr. 18 des Kontrollrats vom 8. 3. 1946 und der Ersten Anordnung des Innenministeriums Nr. 304 zum Vollzug dieses Gesetzes vom 27. 6. 1946 (Reg.Bl.S. 210) wird im Hause ~~Hillerplatz 3~~ Straße Nr. ..... folgender Wohnraum **zur Belegung erfaßt:**

~~3~~ Zimmer, ... Kammer(n), ... Küche, mit — ohne Küchenbenützung, Keller-, Holzstall- und Bühneanteil, möbliert — unmöbliert *). Drei zusammenhängende Zimmer sind bis 1.11.1946 zu räumen.

Bisheriger Inhaber der Wohnräume: .....

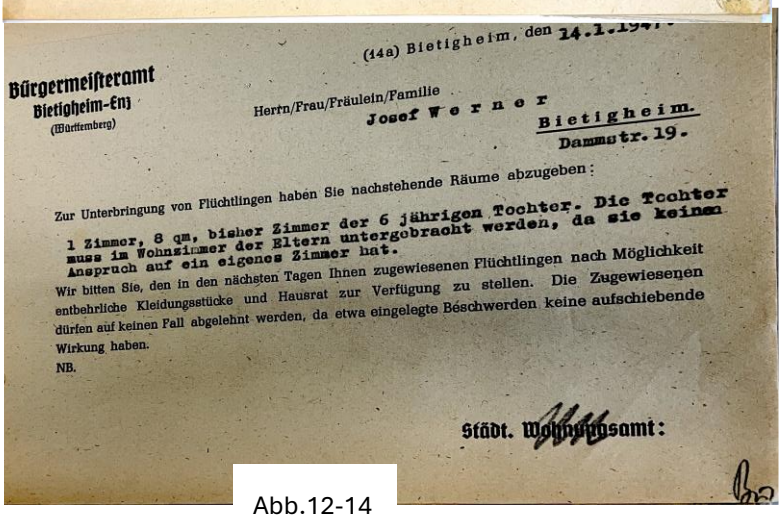
Die Möbel dürfen keinesfalls entfernt werden *).

Gegen diese Erfassung kann der Betroffene innerhalb einer Frist von 3 Tagen nach Zustellung dieses Bescheids beim Wohnungsamt Beschwerde einlegen.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

Städt. Wohnungsamt:

*) Nicht Zutreffendes streichen.



Bürgermeisteramt
Bietigheim-Enz
(Württemberg)

(14a) Bietigheim, den 14.1.194[illegible]

Herrn/Frau/Fräulein/Familie
Josef Werner
Bietigheim.
Dammstr. 19.

Zur Unterbringung von Flüchtlingen haben Sie nachstehende Räume abzugeben:

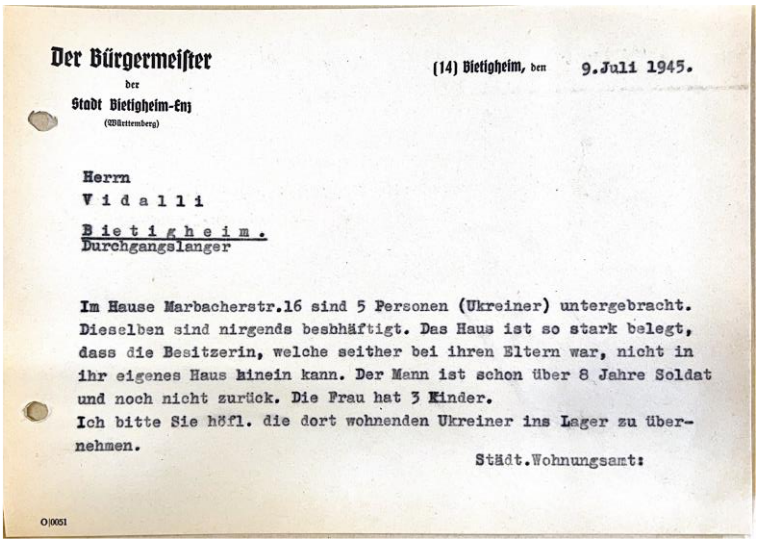
1 Zimmer, 8 qm, bisher Zimmer der 6 jährigen Tochter. Die Tochter muss im Wohnzimmer der Eltern untergebracht werden, da sie keinen Anspruch auf ein eigenes Zimmer hat.

Wir bitten Sie, den in den nächsten Tagen Ihnen zugewiesenen Flüchtlingen nach Möglichkeit entbehrliche Kleidungsstücke und Hausrat zur Verfügung zu stellen. Die Zugewiesenen dürfen auf keinen Fall abgelehnt werden, da etwa eingelegte Beschwerden keine aufschiebende Wirkung haben.

NB.

Städt. Wohnungsamt:

Abb.12-14



Der Bürgermeister
der
Stadt Bietigheim-Enz
(Württemberg)

(14) Bietigheim, den 9.Juli 1945.

Herrn
Vidalli
Bietigheim.
Durchgangslager

Im Hause Marbacherstr.16 sind 5 Personen (Ukreiner) untergebracht. Dieselben sind nirgends beschäftigt. Das Haus ist so stark belegt, dass die Besitzerin, welche seither bei ihren Eltern war, nicht in ihr eigenes Haus hinein kann. Der Mann ist schon über 8 Jahre Soldat und noch nicht zurück. Die Frau hat 3 Kinder.
Ich bitte Sie höfl. die dort wohnenden Ukreiner ins Lager zu übernehmen.

Städt.Wohnungsamt:

O|0051

Auf persönliche Bedürfnisse wurde bei der Einquartierung keine Rücksicht genommen, auch wenn, wie im Formular vom 09.07.45 zu sehen ist, im Nachhinein versucht wurde, die schlimme Situation zu ändern. Dies scheint aber eine absolute Ausnahme gewesen zu sein, vielleicht war es zu diesem Zeitpunkt aber auch einfach noch möglich. Auf seinen Besitz hatte man keinen Anspruch mehr, man war gezwungen, ihn zu teilen oder ihn zeitweise ganz abzugeben. Das größte Problem war die Küchennutzung. Dies sieht man an den beschlossenen Fürsorgemaßnahmen. Der Wohnungsausschuss sollte sich einschalten, wenn den Einquartierten keine Kochstelle zur Verfügung stand. Zum Beispiel wurde als Maßnahme die Erteilung der Auflage vorgeschlagen, dass die Familie für die Umsiedlerfamilie

mitkochen sollte. Da dies natürlich angesichts der Versorgungsschwierigkeiten, den Neukonstellationen und der Zwangslage schwierig war, wurde bereits angedacht, Gemeinschaftsverpflegungen eizurichten. Dies geschah bereits Ende 1946, wie an das Landratsamt gemeldet wird. Neubürger, denen keine Kochgelegenheit zur Verfügung stand, konnten hier für 0.50 RM ein Mittagessen erhalten. Innerhalb von acht Wochen hatte sich die Inanspruchnahme von 150 auf 300 Personen gesteigert. An drei Orten in Bietigheim gab es solche Großküchen.[37]

Im selben Dokument erwähnt der Wohnungsamtleiter Huber auch, dass Bietigheim seit Beginn der Einweisungen 2106 Neubürger hätte aufnehmen müssen und die Einwohnerzahl von 8900 auf 11000 Personen am 25. Januar 1947 gestiegen sei. [38] „Bei Einem Wohnraum von jetzt 4,6 bis 4,7 qm pro Kopf der Bevölkerung wird eine weitere Flüchtlingszuweisung von so erheblichem Ausmaß zwangsläufig eine völlige Zerrüttung jeglichen Familienlebens mit sich bringen, da dann voraussichtlich keine einzige Wohnung der Stadt mehr ohne Flüchtling sein wird“, gibt das Gemeinderatsprotokoll vom 17. Januar 1947 seine Aussage wieder.

Nach diesen Informationen lohnt es sich, nochmals die Szene zur Wohnungseiweisung anzuschauen. Hierbei sieht man deutlich, dass die Begegnung zwischen der Familie T. und Frau Geist als Wohnungsbesitzerin sehr unnatürlich ist. Es findet kaum Blickkontakt statt. Es ist kein herzlicher Empfang. Nur kurz wird die Hand gegeben. Beide Parteien sind zurückhaltend, das ganze Treffen wirkt angespannt und gestellt: Inszeniert für den Film. Ganz wichtig ist, dass nur drei erwachsene Personen der Familie T. bei der Wohnungseinweisung anwesend sind. Es ist aber davon auszugehen, dass auch die beiden Kleinkinder unter vier Jahren, von denen uns die Meldekarten vorliegen, mit in das Haus ziehen werden. Diese sind wahrscheinlich absichtlich nicht auf den Kamerabildern bei der Einweisung zu sehen. Sie hätten sich wahrscheinlich nicht so in Szene setzen lassen. Gerade sie werden womöglich das Leben der beiden älteren Wohnungsbesitzer auf den Kopf stellen, besonders, wenn ihnen kaum Wohnraum gewährt wird.

Ein weiterer Gedanke, der in der Denkschrift Hubers geäußert wird, ist im Hinblick auf den Film wichtig. Huber meint nämlich, dass das Zusammenleben von Schwaben und Ungarndeutschen am meisten Probleme verursacht hätte, da „Menschen mit den primitivsten Lebensgewohnheiten in Häuser kamen, die von diesen als Märchenschlösser angesehen werden mußten. Linoleum, Tapeten und Bad waren ungewohnte Begriffe. Ich stellte in einem Falle fest, daß die Hühner auf einem Wandleuchter saßen. Das Holz wird auf dem Linoleum gespalten. Einmal in der Woche wird mit Reisigbesen die Stube ausgefegt. Welche schwäbische Hausfrau gerät da nicht aus dem Häuschen?“[39] Dieses Urteil Hubers darf natürlich nicht verallgemeinert werden. Trotzdem kann man sagen, dass, auch wenn die eingewiesenen Familien reinlich waren, die Zimmer bei dem geringen Platzangebot überbeansprucht wurden und Unordnung, besonders mit Kleinkindern, vorprogrammiert war. Sicherlich wurde auch in dieser Filmszene absichtlich verschwiegen, wie viele Zimmer wirklich zugewiesen wurde – wieder beschränkt sich das Filmmaterial, wie bei den Lagern, auf die Außendarstellung.

Daher ist die Darstellung der Einweisung als grenzwertig zu bezeichnen. Auf dem Screenshot des Landratsamtes steht außerdem, dass Herr Geist, der sitzende Mann mit dem Hund, blind ist. Wer

[37] StA BB Bh 4 / 222, 31.01.1947.
[38] StA BB Bh 4 / 222, 31.01.1947.
[39] Huber, Die Erfahrungen eines Wohnungsamtleiters 1945-1948, 16.12.1948, in: Landkreis Ludwigsburg, Die Eingliederung der Vertriebenen in den Landkreis Ludwigsburg, Ludwigsburg, 1985, S. 92.

trifft hier aufeinander? Zwei Familien. Mehrere Generationen. Zwei Lebenssituationen. Zwei Kulturen. Zwei Sprachen (laut Meldebogen). Und sie müssen von heute auf morgen auf engstem Raum zusammenleben und das wenige teilen, das verfügbar ist.

([redacted])

8.3 DIE SITUATION DER NEUBÜRGER

Für die Neubürger war die Situation denkbar schwierig. Sie hatten in der Heimat, meist von jetzt auf nachher, alles zurücklassen müssen. In der ersten Sitzung des berufenen Kreisflüchtlingsausschusses verweist Mitglied Hanl darauf, dass 40 Milliarden Vermögenswerte in der Tschechei, 50 Milliarden östlich der Oder-Neisse-Grenze verloren gingen.[40] Meist hatten die Flüchtlinge und Ausgewiesenen in ihrer östlichen Heimat große Höfe bewirtschaftet. Nach 1945 mussten sie sich begrenzen auf ein bis zwei Zimmer, die ihnen unter Zwang und meist auch nur nach Widerstand der Hauseigentümer überlassen wurden. Mehrköpfige Familien hatten sich mit dem zufriedenzugeben, was ihnen zur Verfügung gestellt wurde. Oft mussten sie sich Bad und Küche mit den Gastgebern teilen – glücklich konnten sie sich schon schätzen, wenn für jede Person ein Bett und überhaupt eine Kochmöglichkeit zur Verfügung standen.

Wie bereits festgestellt, war die Wohnungsnot in Bietigheim groß. Tamm allerdings war noch schwieriger dran. Dort nämlich wurde der Mangel schon 1939 festgestellt und zusätzlich gab es in der Gemeinde vorwiegend großen, unzweckmäßig gebaute bäuerlichen Wohnhäuser. Tamm hatte noch ein zusätzliches Problem, denn der Gemeinde wurden hauptsächlich große Familien mit 6 und mehr Mitgliedern zugewiesen.[41]

So meldet der Bürgermeister dem Landratsamt, dass sich Flüchtlinge sträubten, die Schule als Massenunterkunft zu verlassen, weil die Wohnräume in Tamm für 7- und 8-köpfige Familien zu klein seien und eine personenmäßige Trennung nicht möglich wäre.[42]

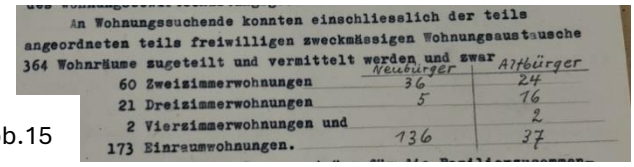
Warum war es trotzdem so wichtig, die Ankommenden bei Familien einzuquartieren? Das wurde in dem Schreiben der Stadt Bietigheim an das Landratsamt erklärt:[43]

1. Bei den Neubürgern sollte nicht der Eindruck aufkommen, nicht willkommen zu sein.
2. Es sollte verhindert werden, dass Stätten geschaffen werden, die die Arbeitsmoral gefährden.
3. Die Selbstständigkeit sollte gefördert werden, indem die Neubürger gezwungen wurden, an den Rechten und Pflichten der Altbürger teilzunehmen.

---

[40] StAL FL 20/12 II Bü 1439, 07.07.1948.
[41] StAL FL 20/12 II Bü 47, 19.04.1947.
[42] StAL FL 20/12 II Bü 47, 25.06.1947.
[43] StA BB Bh4 / 222, 31.01.1947.

Das heißt also, dass an die Einquartierung auch eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme gekoppelt war, damit für den Unterhalt selbst aufgekommen werden konnte. Die Überlegung war auch, dass man so die Konflikte entschärfen konnte, da die Ankömmlinge nicht versorgt werden mussten, sondern zur Finanzierung der Unterkunft beitrugen und auch, dass man sich aus dem Weg gehen konnte und beschäftigt war. Man kann also davon ausgehen, dass das kurzfristige Leid in Kauf genommen werden musste, weil man eben die schnelle Integration als langfristiges Ziel hatte. Betrachtet man das Vorgehen aus der heutigen Situation, ist es nachvollziehbar. Trotzdem ist es unvorstellbar, welche Geduld und welche Anpassungsfähigkeit von den Zugewiesenen erwartet wurden.


An Wohnungssuchende konnten einschliesslich der teils angeordneten teils freiwilligen zweckmässigen Wohnungsaustausche 364 Wohnräume zugeteilt und vermittelt werden und zwar

	Neubürger	Altbürger
60 Zweizimmerwohnungen	36	24
21 Dreizimmerwohnungen	5	16
2 Vierzimmerwohnungen und		2
173 Einraumwohnungen.	136	37

Abb.15

Interessant wäre ein Dokument gewesen, das die Belegungsdichte zwischen 1945-47 der Neubürger im Gegensatz zu den Altbürgern zeigt. Herr Hanl sagt im Kreisflüchtlingsausschuss: „[W]enn man unter den Altbürgern heute noch ein Wohnzimmer beanspruche, und Familien mit 2 oder 3 Personen noch 3 Zimmer besässen, könnten sich dir Neubürger nicht zufriedengeben, die dagegen mit 3, 4 und mehr Personen in einem Zimmer untergebracht seien.“[44] Hanl ist aber Flüchtlingsvertreter, da ist es klar, dass er sich für diese einsetzt. Aber war es wirklich so? Der Ausschnitt aus dem Jahresbericht zur Wohnungslage von 1949 zeigt, dass Neubürgern öfter die Einraumwohnungen und Zweizimmerwohnungen hatten, im Gegensatz zu den Drei- und Vierzimmerwohnungen, die eher den Altbürgern zur Verfügung standen. Somit wird Herr Hanl bestätigt.

„Ankunft in der neuen Heimat“, so läutet der Film *Der Kreis Ludwigsburg baut auf* die Sequenz der Einweisung ein. Sieht man der Familie T. zu, wie sie das Haus der Familie Geist betritt, wirkt dieser Titel grenzwertig. Es ist schwer, sich vorzustellen, dass die Familie, besonders die alte Frau T. Sachsenheim jemals als Heimat bezeichnen wird. Die drei Familienmitglieder machen gute Miene zum bösen Spiel. Die Verunsicherung ist ihnen anzusehen, aber was bleibt ihnen übrig, außer die Situation zu akzeptieren und zu versuchen, sie möglichst geduldig zu ertragen? Natürlich kann man Verständnis für die Hausbesitzer aufbringen, die sich Besitz erarbeitet hatten. Aber gleichzeitig konnten sie froh sein, dass die Situation nicht umgekehrt war und sie die Fremden waren. Bei dem Film kommt die Überlegenheit der Wohnungsbesitzer deutlich zum Ausdruck – Frau Geist öffnet die Tür, reicht die Hand, spricht und geht dann voraus, während Familie T. scheu und angepasst ist. Und dass diese schicksalhafte Ungleichheit einfach noch so zur Schau gestellt und der Öffentlichkeit vorgeführt wird: Das macht die Darstellung unserer Meinung nach so grenzwertig.

8.4 DIE EINQUARTIERUNG VON FRAU N. UND HERRN TH.

Am 6. Januar 1946 kam die Familie N. als erste Vertriebenenfamilie überhaupt nach Tamm und wurde im Haus der Familie R. einquartiert. Dies geschah, weil, die Schwiegertochter der Frau R., die ein angespanntes Verhältnis zu ihren Schwiegereltern hatte, auf das Rathaus gegangen ist und gesagt hat, die erste Familie aus den Ostgebieten, die nach Tamm kommt, könne bei ihren Schwiegereltern unterkommen, dort sei Platz. Dieses Schicksal traf ausgerechnet die Familie von Frau N.

Mit diesem Beginn gestaltete sich die Wohnsituation denkbar schwierig. Die Eltern von Frau N bekamen ein kleines Schlafzimmer mit einem Ehebett, während Frau N. in einem Zimmer unter

[44] StAL FL 20/12 II Bü 1439, 07.07.1948.

dem Dach bei der Haushaltshilfe auf einem Sofa schlafen musste. Zum Kochen musste sie den Herd der Familie R. mitbenutzen. Zudem wurden sie oft unfreundlich behandelt, weshalb sie früh nach einer anderen Unterkunft zu suchen begannen. Ein weiterer Grund war, dass die sieben Jahre ältere Schwester in einer Schürzenschneiderei im „Alten Weg“ bei einer anderen Familie untergebraut waren. Sie ging immer nur zum Schlafen in ihre ca. einen Kilometer entfernte Unterkunft. Den Tag verbrachten sie bei Familie R. im Zimmer der Eltern. Dieser Zustand macht sehr betroffen, da die Familie nicht zusammen sein konnte. Und zudem bestätigt es die Informationen der Quellen aus Tamm. Die Wohnungsnot und die Zuweisung der großen Familien in die Gemeinde machten die Aufteilung der Familienmitglieder unausweichlich. Verständlich, dass sich Familien gegen die Einweisung auflehnten und in den Massenunterkünften bleiben wollten.

Herr Th. berichtete, dass er nicht so viel Glück hatte. Zu fünft hatten sie ein Zimmer und zwei Doppelstockbetten. Deswegen brauchte der Großvater noch ein Bett und der Vater mussten noch eine Armeepritsche besorgen. Das war natürlich viel zu klein. Einige Zeit später kam dann noch ein Dachzimmer hinzu, in welchem die Eltern dann schliefen.

([redacted])

KAPITEL 9: DIE DARSTELLUNG DER MASSENUNTERKUNFT IM FILM – GRENZWERTIG?

In dem Film über den Wiederaufbau von Bietigheim, der 1947 vom Landratsamt in Ludwigsburg in Auftrag gegeben und produziert wurde, wird das „Leben“, oder vielmehr der Aufenthalt, der Heimatvertriebenen und Kriegsflüchtlinge in einer fast schon unrealen, positiven Weise dargestellt und glorifiziert.

Die Filmsequenzen, in denen man die Massenunterkünfte zu Gesicht bekommt, scheinen so friedfertig und wohlwollend. Lachende Frauen sind zu sehen, wie sie pflichtbewusst Wäsche waschen, unter sonnigem Himmel kochen und somit einen Eindruck der Normalität und der verbundenen Gemeinschaft vermitteln. Die Kinder sind glücklich und spielen unbeschwert zusammen, als hätten sie vom Grauen des Krieges nie etwas wahrgenommen. Selbst das Wetter scheint ideal für diese Filmaufnahmen: Die Sonne strahlt und wirft ihr warmes, trostspendendes, Licht über den klaren freien Himmel.

Eine Inszenierung wie aus dem Bilderbuch, die keinen Platz für die harte, erdrückende Realität lässt, die das Leben unter solchen Umständen, wie nach der Flucht oder Vertreibung durch den Krieg, tatsächlich geprägt hat. Bei genauerer Betrachtung kann man außerdem feststellen, dass verhältnismäßig viele Männer in der Filmsequenz auftauchen. Diese Auswahl an Bildern wirft die Frage auf, wie repräsentativ der Film wirklich ist. Es entsteht der Eindruck, die Flüchtlingsunterkünfte werden bewusst inszeniert, um Sympathien für die eigene Sache, also für Wiederaufbauleistung und die Fürsorge zu generieren.

Beginnen wir mit dem ersten Punkt, der Wiederaufbauleistung. Dazu muss zuerst die Anzahl der Männer hinterfragt werden. Im Film sind sie in der Überzahl. Die meisten Männer wirken gesund (nur ein Mann hat Holzkrücken), freudig und agil. Sie stehen oder sitzen in Gruppen zusammen und blicken in die Kamera. Leider haben wir in unseren Unterlagen nur eine Zahl, die wir zur Überprüfung der Darstellung in Bezug auf die Geschlechter der Ankommenden heranziehen können: „Bei den anfangs eingetroffenen Transporten handelte es sich um 90 Prozent um Frauen und Kinder. Von den etwa 10 Prozent Männern hatten mehr als die Hälfte das 60. Lebensjahr überschritten“, schreibt der Markgröninger Bürgermeister Graf in seiner Denkschrift. [45] In Bietigheim befand sich das Kreisflüchtlingsaltersheim im Faberbau des DLWs, das rechtfertigt aber auch nicht die Zahl an vielen jungen Männern im Film im Lager der Grünwiesenstraße. Viele waren ja auch als Soldat gefallen, vermisst, psychisch krank oder noch in Kriegsgefangenschaft.

Wir folgern, dass es dem Kulturamt darum ging, nicht die hilfsbedürftigen Männer, unterstützungswürdigen Mütter oder kranken Alten in den Vordergrund zu stellen, sondern, im Sinne des Wiederaufbaus diejenigen zu zeigen, die hier anpacken und helfen konnten. Dazu im Kontrast steht die Aussage des Bietigheimer Bürgermeisters Krieg „dass nur ein kleiner Teil derselben [Flüchtlinge] arbeitsfähig“ sei. [46] Grenzwertig ist daher die Verfälschung der zahlenmäßigen Unterlegenheit der arbeitsfähigen Männer. Sieht man aber das Ziel, um das es ging, die Akzeptanz der Neuangekommenen zu bewirken oder Neid und Misstrauen ihnen gegenüber abzubauen, dann macht es tatsächlich Sinn die starken Männer im Film hervorzuheben. Dann ist es auch verständlich, dass man weitere bei den landwirtschaftlichen Arbeiten filmt und die Frauen bei der Hauswirtschaft.

Zum zweiten Punkt, der Fürsorge. In einem Runderlass des Innenministeriums ergeht am 08. November 1946 die Anordnung zur Räumung und Auflösung aller Zwischenlager. [47] Es wird bekanntgegeben, dass sämtliche Flüchtlingslager und Massenunterkünfte unverzüglich zu räumen sind und die Flüchtlinge in Privatquartiere unterzubringen sind.

In den uns vorliegenden Dokumenten können einige Anhaltspunkte für diese, offensichtlich sehr wichtige Entscheidung gefunden werden. Ein Grund, für welchen ein expliziertes Beispiel genannt wird, ist die Hygiene. So konnten beispielsweise 67 Flüchtlinge aus dem Bietigheimer Lager nicht Marbach zugewiesen werden, da im dortigen Ziellager ein Typhusausbruch registriert und Quarantäne verhängt wurde. [48] Ein weiterer in den Dokumenten genannter Grund ist die Arbeitsmoral, die durch den Aufenthalt im Lager angeblich geschädigt wird.

Zusätzlich kann die Integration in den Lagern nicht gelingen. Gefilmt wird also das schöne Lagerleben, aber eigentlich unterstützte man das Lagerleben nicht, weil es der Gesundheit und der Integration nicht förderlich war. Nicht Fürsorge war das Ziel, sondern der Zwang zur Selbstständigkeit unter dem Deckmantel der Fürsorge.

Die Auflösung der Massenunterkünfte war aber problematischer als erwartet. Dies geht aus einem Schreiben des Landratsamts an das Bürgermeisteramt Tamm hervor. Darin wird auf ein Gespräch mit dem Gouverneur Major Kyle verwiesen, der vom Bürgermeister verlangt, alle widerspenstigen Wohnungsinhaber zu melden, die sich der Aufnahme verweigern. Mit dem 4.

[45] Graf, Karl, Ein Bürgermeister von 1946 erinnert sich 1985, in: Landkreis Ludwigsburg, Die Eingliederung der Vertriebenen in den Landkreis Ludwigsburg, Ludwigsburg, 1985, S.93
[46] St BB Bh 4/222, 16.08.46.
[47] StAL FL 20/12 II Bü 47, 08.11.1946.
[48] StAL FL 20/12 II Bü 47, 05.02.1947.

Dezember 1947 wird ein Termin zur endgültigen Räumung gesetzt. Bürgermeister, Gemeinderat und den nichtaufnahmewilligen Wohnungsinhabern wird mit Verweis auf das Kontrollratsgesetz Nr.18 und das Flüchtlingsgesetz Nr. 303 mit Inhaftierung gedroht.[49]

Die Quellen zeigen, dass dem nicht nachgekommen wurde. Die Frist wurde am 21. Januar 1947 nochmals auf 31. Januar 1947 verlängert. Grund ist, dass der Bietigheimer Bürgermeister um Verständnis bat, dass die Wohnungseinweisung auf Grund fehlender Öfen nicht möglich sei. Dieses Argument wurde aber zurückgewiesen. Es müsse möglich sein, dass den Neubürgern in ihren Unterkünften zumindest tagsüber eine Mitnutzung der Heizmöglichkeiten in den Wohnzimmern gewährt werde. Die Militärregierung kannte hier kein Pardon, was die Situation in den Wohngemeinschaften zusätzlich verschärfte. Doppelt widersprüchlich ist deshalb der Brief des Innenministeriums vom 23. September 1947. Hier zeigt sich, dass in Baden-Württemberg noch 6932 Personen in Massenlagern untergebracht sind und dass deren Unterbringung folgedermaßen gefordert wird „Da es sich bei diesen Wohnungssuchenden grösstenteils um kinderreiche Familien und bejahrte Personen handelt, ist es ein Gebot der Menschlichkeit [...] noch vor Einbruch des Winters für eine ordnungsgemässe Unterbringung besorgt zu sein“[50]. Dass hier vom Innenministerium mit Menschlichkeit argumentiert wird und auch der erschwerte Zugang zu den Heizmöglichkeiten in den Privatquartieren in Kauf genommen wird, ist kritisch zu betrachten, wenngleich die Gründe für die Auflösung verständlich sind. Wie es scheint, waren die Besatzungsmächte dennoch sehr geduldig und hatten auch Umsehen mit der Auflösung: Erst 1950 wird das Lager an der Wilhelmstraße aufgelöst. Am 16. Oktober 1949 wird die Volksschule im ehemaligen Lager der Farbstraße eingeweiht.

Das Leben in den Lagern hatte nichts mit den idyllischen Bildern gemein, die im Film vermittelt wurden. Die Realität war geprägt von Enge, Kälte, Hunger und mangelnder Hygiene. Die notdürftig umfunktionierten Gebäude boten keinerlei Privatsphäre und kaum Schutz vor den kalten Wintern. Doch was war die Alternative? Die Trennung von Familienmitgliedern, die erzwungene Hausgemeinschaft mit Gastgebern, die einen nicht wollten; das Flehen um Zugang zu Koch- und Heizgelegenheiten; Eigeninitiative bei der Versorgung inmitten von Heimweh und Kummer. Da ist es verständlich, dass eine Massenunterkunft bevorzugt wurde. Umso grenzwertiger ist es aber, diese so zu glorifizieren und das Leben so idyllisch darzustellen.

([redacted])

KAPITEL 10: DIE DARSTELLUNG DES BÜRGERMEISTERS IM FILM – GRENZWERTIG?

Willi Krieg wurde am 1. Dezember 1945 mit Genehmigung der Militärregierung kommissarisch ins Bürgermeisteramt eingesetzt. Der überzeugte Sozialdemokrat engagierte sich bereits während seines Studiums an der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin gegen das Hitler-Regime und gehörte dort der Widerstandstruppe „Roter Stoßtrupp“ an. 1933 wurde er von der Gestapo

[49] StAL FL II 20/12 Bü 47, 28.10.1947.
[50] StAL FL II 20/12 Bü 47, 23.09.1947.

verhaftet und zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt. Als unbelasteter Bürger war er für die Amerikaner ein attraktiver Kandidat für dieses, auf zwei Jahre begrenzte Amt. In der ersten Gemeinderatswahl am 27. Januar 1946 wurde Krieg auch vom Gemeinderat als Bürgermeister bestätigt. In seiner ersten Rede an die Bietigheimer Bevölkerung versprach Krieg, seine ganze Kraft zum Wohle der Stadt einzusetzen: Zur Schaffung von Wohnraum, Sicherung der Versorgung und Ertüchtigung der Jugend.[51]

Sicherlich hatte der Bürgermeister einen der schwierigsten Posten der Nachkriegszeit. Er musste sich täglich mit der Not des Volkes auseinandersetzen und zwischen Parteien vermitteln, deren Interessen eigentlich unvereinbar waren. Wohnungsnot, Versorgungskrise und dazu die Integration des nicht enden wollenden Stroms an Flüchtlingen, dies waren nur Teile seines Aufgabengebiets. Darüber hinaus musste er auch gegenüber der Besatzungsmacht Rückgrat beweisen und die Anliegen der Bietigheimer vortragen und durchsetzen. Dass Krieg dies sicherlich gelang, lässt sich zumindest daran ablesen, wie oft die Frist zur Auflösung der Massenlager nach hinten verschoben wurde – trotz der Sanktionen, die bei Nichtbefolgung auch gegen ihn gerichtet waren.

Wahrscheinlich lag die größte Herausforderung für Krieg darin, den als sparsam und eigen geltenden Schwaben gegenüber klarzumachen, dass die Abgabe des Wohnraums und die Überlassung des eigenen Besitzes an Fremde als Akt der Menschlichkeit angesehen werden sollte. Immer wieder wurde von Krieg auf die katastrophale Wohnungsnot hingewiesen und gleichzeitig von oben eine immer stärkere Belegung der Wohnungen verlangt. So musste Krieg vermitteln, wenn die Neubürger unzufrieden waren, weil sie nach ihrer Meinung zu wenig Wohnraum bekamen und die Altbürger als Eigentümer nicht zufrieden waren, weil sie, wie sie glaubten, zu viel abgeben mussten. Zwar lag die Entscheidung darüber, ob eine Wohnung voll belegt war, beim 1946 gegründeten Wohnungsausschuss, aber dennoch war der Bürgermeister in der Verantwortung, die Schlüssel der Flüchtlingsaufteilung innerhalb der Gemeinde durchzusetzen. Der Markgröninger Bürgermeister berichtet in seiner Denkschrift, dass auch ihm nur ein Zimmer zur Verfügung stand, was nach der anonymen Anzeige, „daß der Bürgermeister von Markgröningen 2 Zimmer in Anspruch nehme“ nach ordnungsgemäßer Überprüfung widerlegt werden konnte.[52] Wie viele Zimmer Krieg bewohnt hat, wissen wir nicht, aber der Bericht des Markgröninger Bürgermeisters zeigt, dass sich auch die Bürgermeister anpassten, um die Glaubwürdigkeit nicht zu verlieren und die Quote zu erfüllen, die sie durchzusetzen hatten.

Bestimmt kann die Wohnungszuweisung in Sachsenheim auch auf Bietigheim übertragen werden, auch wenn wir nicht sagen können, ob es so ablief. Wahrscheinlich hatte auch der Bürgermeister Krieg einen Büttel dabei, da die Sorge, dass widerspenstige Hausbesitzer die Einweisung verhindern wollten, bestand.

Krieg wurde nach den zwei Jahren nicht wiedergewählt, was ein Beweis dafür sein kann, dass er sehr um Ausgleich und Gerechtigkeit bemüht war. Im Kreisflüchtlingsausschuss stellt Mitglied Hanl fest „dass einzelne Bürgermeister des Kreises versucht haben, für die Neubürger alles zu tun, was auch der Grund sein dürfte, warum sie nicht mehr gewählt wurden. Dies seien aber nur Einzelfälle, der grössere Teil der Bürgermeister habe sich um die Neubürger nicht so bemüht, wie

[51] StA BB Bh 7441, ohne Datum.
[52] Graf, Karl, Ein Bürgermeister von 1946 erinnert sich 1985, in: Landkreis Ludwigsburg, Die Eingliederung der Vertriebenen in den Landkreis Ludwigsburg, Ludwigsburg, 1985, S.98.

es erforderlich wäre“. [53] Es könnte auf Grund der zeitlichen Nähe der Aussage zur ersten Bietigheimer Volkswahl sein, dass er hier auf Krieg verweist. Er unterlag im Juli 48 knapp seinem Herausforderer Karl Mai und wurde als Bürgermeister nicht betätigt. Auch Oberbürgermeisters Lists Dank zum 80. Geburtstag in der Bietigheimer Zeitung würdigt die Verdienste Kriegs: Krieg löste die die schwierigen Aufgaben unter denkbar widrigen Umständen mit „Tatkraft, Idealismus und Mut. […] Es habe gegolten, die Voraussetzungen für den Aufbau einer lebendigen Demokratie zu schaffen. Krieg gebührt Dank, daß dieser wichtige Prozess sich in Bietigheim reibungslos und im Geist des verständnisvollen Miteinanders vollziehen konnte“. [54]

(*[redacted]*)

KAPITEL 11: AUSBLICK: INTEGRATION

Die Aufbauarbeiten am Bietigheimer Viadukt, der Wohnungsbau und die Wiederaufnahme der Arbeit der größeren Betriebe, wie der Deutschen Linoleumwerke oder der Kammgarnspinnerei förderten den Handel und das Handwerk in der Stadt. Von Anfang an wurde versucht, Evakuierte und Flüchtlinge in den Arbeitsprozess einzubringen und zum Wiederaufbau heranzuziehen. Wer sich weigerte, dem drohte der teilweise Entzug der Lebensmittelkarten. [55]

Die Spendenbereitschaft der Bietigheimer blieb weiterhin erhalten. Dass auch im Jahr 1948 Weihnachtsfeiern mit Spenden ausgerichtet wurden, zeigt, dass die Bietigheimer den Neubürgern nicht nur neidisch und ablehnend gegenüberstanden. Caritative Verbände sammelten die Spenden (Geld, Wein, Lebensmittel, Kleidungsstücke, Bedarfsgegenstände), um bei Feiern „die Verbundenheit zwischen Alt- und Neubürgern betonend [zu fördern]“. [56] Gesammelte Waren wurden über das Bezugsamt verkauft. So konnten fehlende Gegenstände von den Neubürgern zu „herabgesetzten Preisen“ erworben werden. Das Angebot reichte vom Herd über Kleidung, Möbel oder auch Schulranzen.[57]

Erst nach der Währungsreform 1948 konnte dem enormen Bevölkerungswachstum in Verbindung zu dem steigenden Wohnraummangel etwa durch die Intensität im Wohnungsbau entgegengewirkt werden[58]. Dennoch brachten die Neubauwohnungen zuerst keine Besserung des Notstands: So waren 1948 noch 400 dringendste Wohnungssuchende registriert. Zu Beginn des Jahres 1949 398 Familien am 31.12.1949 560 Familien (268 Altbürger und 292 Neubürger); 1950 572 Familien (250 Altbürger und 322 Neubürger). Der Grund ist zum einen, dass die Zahl der illegalen Grenzgänger zunahm und zum anderen der Strom an Zugewiesenen weiterging. Weiterhin hatte natürlich auch das Aushalten des Leids der Neubürger ein Ende der Geduld. So meldeten die Familien in den 50-er Wohnraumbedarf an, die in den Jahren 1946 und 1947 meist ohne Rücksicht auf die Personenzahl in ein Zimmer oder in eine Dachgeschosswohnungen hineingepresst wurden. Sie meldeten Bedarf bei den Vertretungsorganen, die für sie gegründet wurden.

---

[53] StAL FL 20/12 II Bü1439, 07.07.48.
[54] StA BB, Bietigheimer Zeitung, 27.02.1988.
[55] StAL FL 20/12 II Bü 46, 08.08.1945.
[56] StAL FL 20/12 II Bü 1439, 10.12.1948.
[57] StAL FL 20/12 II Bü 45, 06.11.1948.
[58] Aus Baujahr 1949/50 70 Wohnungen in 4 Wohnblocks an der Eisenbahn- und Streifelbachstrasse und Wilhelmstraße; auch die Firma Klumpp & Arretz sowie weitere 14 Bauherren erstellten noch 26 Wohnungen

So wurde im April 1948 dem erste Kreisflüchtlingsausschuss durch den Landrat zugestimmt. Er war zu gleichen Teilen aus Alt- und Neubürgern besetzt, die alle eine Parteizugehörigkeit besaßen. Schaut man sich die Vertreter der Neubürger an, so sieht man, dass die vier Vertriebenen bereits im Arbeitsleben an gesellschaftlich wichtigen Stellen eingesetzt waren: Johann Frieder war Prediger, Emil Hanl der Leiter des Caritasverbands, Roger Gereke war Reallehrer und Jakob Becker übte den Beruf des Rektors aus.[59] Nur zwölf Tage später erging der Runderlass Nr.11 zur endgültigen Bildung des Ausschusses.[60]

Verlierer bei der Integration waren die ehemaligen Bauern unter den Heimatvertriebenen. Sie mussten jetzt eine untergeordnete Tätigkeit in den Bietigheimer Betrieben verrichten. Trotzdem konnte durch die freiwillige Vereinbarung mit Einheimischen für immerhin 800 Bauern im Kreis eine selbstständige Existenz geschaffen werden.[61] Ab dem Jahr 1948 konnten Neubürger freie Betriebsräume bzw. Werkstätten in der Olgakaserne in Ludwigsburg mieten.[62]

Eine sogenannte Ortsgemeinschaft, ein Hilfsverband für die Neubürger unter dem Vorsitz Otto Steffeks, wurde im November neben dem Arbeits- und Wirtschaftsamt an der Farbstraße eingerichtet. Er sorgte dafür, dass freigewordene Sachgüter gerecht verteilt wurden, bot eine unentgeltliche Rechtsberatung und sorgte auch dafür, dass jedes Flüchtlingskind ein Bilderbuch abholen konnte. Voraussetzung für die Inanspruchnahme der Leistungen war die Mitgliedschaft.[63]

([redacted])

11.1 DIE INTEGRATION VON FRAU N. UND HERRN TH.

Herr Th. berichtet, dass er recht bald ein Gefühl der Integration verspürte, denn er habe schnell Freunde gefunden und den schwäbischen Dialekt gelernt. Herr Th. machte eine Lehre bei der Bleyle in Stuttgart. Später arbeitete er, zunächst als Angestellter im Inlandsvertrieb, dann als Werbefachmann bei der DLW. Im April 1961 ging für die Familie der Traum vom eigenen Haus in Erfüllung.

Ganz besonders Herrn Ths. starkes Engagement bei Vereinen führte dazu, dass er zu seinem Urteil kommt „Irgendwann waren wir voll integriert [...], da war man kein Heimatvertriebener mehr, da gehörte man einfach dazu.“[64] Von seinem Vater behauptet er, er habe sich ebenfalls bald mit den neuen Lebensumständen arrangieren können, da er Arbeit als Maler und Musiker gefunden habe. Jedoch solle seine Mutter nie dieses Gefühl von Heimat verspürt haben, denn sie habe stets das Zuhause vermisst und habe den Traum verloren, je wieder ein eigenes Heim und Freiheit zu besitzen. Zu sehr habe ihr die gezwungene Anpassung an die neuen Gastgeber zugesetzt.

Frau N. berichtet, dass sie in Stuttgart in die Schule gekommen sei, da Tamm keine Mittelschule gehabt habe. Ihr Vater finanzierte die Bücher. Viel Glück habe sie mit ihrer Deutschlehrerin gehabt, denn sie glaubte an Frau Ns. Können und vermittelte einen Kontakt zum Chef der

[59] StAL FL 20/12 II Bü 1439, 09.04.1948.
[60] StAL FL 20/12 II Bü 1439, 21.04.1948.
[61] StAL FL 20/12 II Bü 1439, 25.10.1950.
[62] StAL FL 20/12 II Bü 45, 06.11.1948.
[63] StAL FL 20/12 II Bü 45, 06.11.1948.
[64] Petri und Benning, S. 147.

Württembergischen Hypovereinsbank. Als sie das erste Mal eigenes Geld verdient habe, sagt sie, habe sie sich integriert gefühlt. „Tamm“, so schließt sie mit einem Lächeln, „ist meine Heimat geworden“.

([redacted])

KAPITEL 12: FAZIT: DIE DARSTELLUNG DER HEIMATVERTREIBUNG NACH BIETIGHEIM IM FILM *DER KREIS LUDWIGSBURG BAUT AUF* – GRENZWERTIG?

Was ist Grenzwertigkeit? Diese Frage stellten wir uns, nachdem wir die Sequenz zur Heimatvertreibung des Films *Der Kreis Ludwigsburg baut auf* gesehen hatten und dessen Inhalt wir ablehnten. Unsere Antworten dazu: Grenzwertigkeit ist ein Zustand, der sich an der Grenze des gerade noch Ertragbaren bewegt. Ein Umstand, der gerade noch so tolerierbar und akzeptabel ist. Grenzwertigkeit ist rechtlich legal, moralisch verwerflich. Grenzwertigkeit beinhaltet einen Moment, der einen Funken Wahrheit in sich trägt. Grenzwertigkeit ist ein eigentlicher Missbrauch, der aber einen Nutzen hat. Dies sind die Äußerungen, die wir zu Beginn des Projekts sammelten. Rückblickend sind unsere Definitionen treffend, verglichen mit dem, was wir im Film als grenzwertig beurteilen.

Grenzwertig ist für uns, dass das Schicksal der Ankommenden und ihre wahren Gefühle übergangen werden. Positiv wirkende, fröhliche Gesichter werden gezeigt. Natürlich sind die Menschen froh, in Sicherheit zu sein, aber die Sehnsucht nach der Heimat und ihr Leid, das verschweigen die Bilder. Grenzwertig ist für uns, dass das Lagerleben als geselliges, harmonisches und freiheitliches Miteinander bei Sonnenschein, Musik und guter Laune gezeigt wird und dabei inneren Zustände, wie die Enge, die fehlende Privatsphäre, die Dunkelheit, die massenhafte Nutzung des wenigen Sanitär ausgeklammert werden. Grenzwertig ist die Bezeichnung *Flüchtling*. Der Film hätte die Chance gehabt, aufzuklären. Im Gegensatz dazu werden die Ankommenden als Flüchtlinge bezeichnet und so die Gründe übergangen, die zum Verlassen der Heimat geführt haben. Grenzwertig ist auch, dass die Einquartierung so inszeniert wirkt. Die Neubürger werden zu unfreiwilligen Schauspielern, die die Wohnungsbesitzer unterwürfig begrüßen, die ihnen lächelnd die Hand reichen und sie ins Haus begleiten. Diese Willkommenskultur gab es nicht. Grenzwertig ist, dass auch hier nicht die inneren Wohnungszustände gezeigt werden, etwa das Zimmer, in welches die Familie Th. zieht und in welchem sie über Monate hinweg leben wird. Stattdessen erscheint das Wort „Ende“ auf dem Bildschirm.

Wir haben durch die Quellen der Archive herausgefunden, dass zwar viele Inhalte des Films der Realität entsprechen, aber die Einseitigkeit, die die Bilder darstellen, problematisch ist. Es gibt eben nicht den Regen, den Hunger der kalten Winter, die Konflikte, die Arbeitslosigkeit, die mangelhafte Hygiene, das Innere – es wird nur die EINE positive Seite gezeigt: Die nämlich, die dem Titel *Der Kreis Ludwigsburg baut auf* zuträglich ist. Und hier liegt das Tolerierbare an der Grenzwertigkeit.

Das Kulturamt des Landratsamts Ludwigsburg wollte die Neubürger als eifrige, disziplinierte und tüchtige Leute darstellen, die beim Wiederaufbau anpacken können. Als Bauern, die den Personalmangel in der Landwirtschaft beseitigen; als Selbstversorger, die Gemüseland beackern; als reinliche Hausfrauen, die Wäsche waschen und kochen; als Musiker, welche nach der jahrelangen Entbehrung wieder Freude und Zuversicht verbreiten; als angepasste

Untermieter, die sich mit wenig zufrieden geben; als gesellige und friedvolle Neubürger; als Kapital des Wiederaufbaus.

Der Film würdigt die Wiederaufbauleistung der Bietigheimer, die eben nach der Zeit des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs nicht in Passivität versinken, sondern mit Schuld, Verlust und Zerstörung klarkommen und einen Neuanfang versuchen.

Wiederaufgebaut werden müssen nicht nur die zerstörte Infrastruktur, das Enzviadukt, Häuser und Versorgungswege, sondern auch die neue demokratische Staatsform, das Selbstbewusstsein, die Menschlichkeit und die Gemeinschaft. Zwar werden dafür die Schicksale der Heimatvertriebenen instrumentalisiert, indem sie und ihre Lebensbedingungen kurz nach der Ankunft in Bietigheim grenzwertig in Szene gesetzt werden, aber mit einer ganz bestimmten Intention: Alt- und Neubürger sollen zueinanderfinden, um zusammen den Wiederaufbau voranzutreiben: den Wiederaufbau der gemeinsamen Heimat in Bietigheim, Tamm, Sachsenheim und im gesamten Landkreis Ludwigsburg.

([redacted])

KAPITEL 13: DIE LEHREN DER GRENZWERTIGKEIT

1945-47

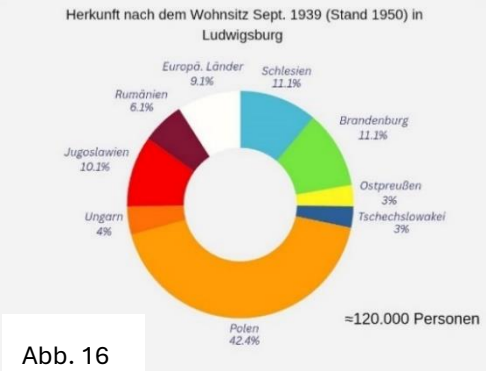


Abb. 16

Aus heutiger Sicht ist es ein Wunder, was in der Zeit nach 1945 geleistet wurde. In den ersten leidvollen Nachkriegsjahren ist es Reichsdeutschen und Deutschen gemeinsam gelungen, die ganzen Hinterlassenschaften eines Nazi-Regimes und eines Krieges gemeinsam zu beseitigen. Trotz Zerstörung, Versorgungskrise und der größten je gekannten Wohnungsnot sind Flüchtlinge, Vertriebene und Altbürger zusammengewachsen und haben ein demokratisches Zeitalter eingeleitet.

Menschen aus Polen, Ungarn, Jugoslawien, Rumänien, Schlesien, der Tschechoslowakei, Ostpreußen, Brandenburg und anderen europäischen Ländern waren vielerorts gezwungen, mit Einheimischen eine Heimat zu teilen, die fast zu klein zum Teilen war.

2024

Diese Menschen treffen sich auch in diesem Jahr am Tag der Heimat in Stuttgart und singen gemeinsam zum Abschluss „Kein schöner Land“. Das Lied, das von der Sehnsucht nach einem harmonischen, friedlichen Zusammenleben, von Solidaritätsgefühl, Vaterlandsliebe und Brüderlichkeit handelt. Aus ehemaligen Neubürgern sind neue Altbürger geworden. Um welche Heimat geht es ihnen? Das ist zweitrangig. Viel wichtiger ist, dass wir es ihnen und unseren Vorfahren schuldig sind, das zu erhalten, was sie geschaffen haben. Denn:

Das Lied ist aktueller denn je.

2025

Die Migrationsthematik spaltet Europa und Deutschland und führt zu tiefen Gräben in der Parteienlandschaft, in der Bevölkerung und sogar im Klassenzimmer – die Demokratie, die einst in Zusammenarbeit von Einheimischen und von Flüchtlingen und Vertriebenen aufgebaut wurde, droht zu zerbrechen.

Der Film hat uns gezeigt: Wir müssen wahrnehmen, nicht wie etwas dargestellt wird, sondern wie etwas ist und warum es so dargestellt wird. Wir müssen Bedürfnisse wahrnehmen und mediale Darstellungen hinterfragen, dann sieht man die Menschen und ihre Geschichten hinter den Bildern und kann verstehen:

Grenzwertigkeit darf sein, wenn sie zu Toleranz und Akzeptanz führt. Grenzwertigkeit darf nicht sein, wenn sie nur zum Zwecke der Eigendarstellung dient. Grenzwertigkeit sollte wahrgenommen und hinterfragt werden.

Ein Schlusswort

KAPITEL 14: QUELLENVERZEICHNIS

14.1 LITERATUR

TH, W. (2014): Verlorene Heimat. In: Aktive Senioren Bietigheim-Bissingen e.V. (Hrsg.): Als wäre es gestern gewesen. Erinnerungen an eine schwere Zeit. Deutsche Schicksale – Der lange Weg zurück. Ein gemeinsames Projekt der Aktiven Senioren Bietigheim-Bissingen e.V. und der Realschule im Aurain. Bietigheim-Bissingen, S.104-114.

Landkreis Ludwigsburg (Hrsg.) (1986): Die Eingliederung der Vertriebenen im Landkreis Ludwigsburg. Ein Rückblick auf die vier Jahrzehnte seit 1945. Ludwigsburg: Eigenverlag des Landkreises Ludwigsburg.

PETRI, M. und BENNING, S. (2008): Wir sind mittlerweile schon halbe Schwaben geworden. Die Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen in Bietigheim und Bissingen zwischen 1945 und 1960. Schriftenreihe des Archivs der Stadt Bietigheim-Bissingen.

PRAHL, W. (2011): Erinnerungen an mein Heimatdorf Schönheide, Kreis Frankenstein in Schlesien.

Staatsarchiv Ludwigsburg, FL 20/12 II, Landratsamt Ludwigsburg, Bü 45-50.

Stadtarchiv Bietigheim, Bh 1439, Bh 4-239, Bh 7441, Bh 4-227, Bh 4-232, Bh 2748.

14.2 FILM

Der Kreis Ludwigsburg baut auf (1946/47), Landesfilmsammlung Baden-Württemberg / Haus des Dokumentarfilms, Stuttgart LFS_001967.

14.3 ABBILDUNGEN

Abb. 00	(Titelblatt) *Der Kreis Ludwigsburg baut auf*, LFS BW / Haus des Dokumentarfilms.
Abb. 01	Lena Ambrus, Tag der Heimat, Stuttgart 2024.
Abb. 02	Der Kreis Ludwigsburg baut auf, LFS BW / Haus des Dokumentarfilms.
Abb. 03	StAL FL 20/12 II Bü 47, 17.10.1945.
Abb. 04	Der Kreis Ludwigsburg baut auf, LFS BW / Haus des Dokumentarfilms.
Abb. 05	Kundmachung, Unterlagen von Herrn Th.
Abb. 06	Screenshot Film *Der Kreis Ludwigsburg baut auf* mit Personenverzeichnis, KrA LB
Abb. 07	Meldebogen (Vorder-/Rückseite) von Frau N., KrA LB Az. 484.3.
Abb. 08	Amtliche Nachrichten für den Stadt- und Landkreis Ludwigsburg, Nummer 31, 24.10. 1945, StA BB Bh 4-239, 24.10.1945.
Abb. 09	Flüchtlingsausweis, Privatbesitz Herr Lang.
Abb. 10	Tagesration 1946, Privatbesitz Herr Lang.
Abb. 11	Aufruf Bürgermeister Krieg, StA BB Bh 4/222, 16.05.1946.
Abb. 12-14	Ausgefüllte Formulare zur Wohnraumerfassung, StA BB Bh 2748, 09.07.1945, 15.10.1946, 14.01.1947.
Abb.15	Jahresbericht zur Wohnungslage 1949, StA BB Bh 4 /222, 26.01.1950.
Abb.16	Entworfen von Bryan auf Basis Petri, Benning, S. 20.

Titelblatt *([redacted])*

Ton, Schnitt und Layout; mp3 und mp4 *([redacted])*